

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 16 Pf. Volk-Abonnement: 2,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einget. in der Volk-Zeitungs-Ver. d. St. für 1893 unter Nr. 6795.

Insertions-Gebühr beträgt für die langjährigsten Besteller oder deren Placat 40 Pf. für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochen-tagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vor-mittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1. 4186. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 13. Oktober 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Zur Hamburger Verfassungsfrage.

I.

Die entsehligen Erfahrungen, welche die Bevölkerung Hamburgs bei Gelegenheit der vorjährigen Choleraepidemie gemacht hat, haben das verfassungrechtliche Stillleben in der plutokratischen Republik am Elbstrand einigermaßen aus dem Gleichgewicht gebracht. Es hat der furchtbaren Katastrophe bedurft, das Augenmerk der Bevölkerung auf eine seit langem brennende Frage zu lenken; bislang waren es nur verhältnismäßig kleine Kreise, selbst in dem sozialdemokratischen Theile der Einwohnerschaft Hamburgs, welche der plutokratischen Politik der Hanseaten-Republik ein eingehenderes Interesse widmeten.

Raum je hat sich wohl der Fluch der Entrechtung der Massen schwerer auf ein Staatswesen herabgelassen, als im Vorjahre auf Hamburg. Die ungeheuren Mißstände, die ein Menschenalter ansgeprägtesten Patrizierregiments zeitigt hatte, wurden so allgemein fühlbar, traten so grell in die Erscheinung, daß selbst die ächtesten Verteidiger des Bestehenden nicht wagten, die Schuld zu leugnen. Selbst der offizielle Vertreter der Hamburgischen Regierung beim Bundesrath, Senator Dr. Burckard, mußte vor versammeltem Reichstage die unverzeihlichen Unterlassungs-sünden eingestehen.

Wenn gleichwohl bis zum Eintritt der Katastrophe in der Masse der Hamburger Bevölkerung von einem energischen Drang nach Beseitigung der absolutesten politischen Rechtlosigkeit der Massen verhältnismäßig wenig zu spüren war, so ist das nur zu leicht erklärlich. Diese absolute Rechtlosigkeit der Masse erstreckt sich naturgemäß das Interesse an Dingen, auf die einen Einfluß zu üben völlig unmöglich gemacht ist. Jahrzehnte lang hat deshalb auch die sonst in jeder Beziehung so rührige Hamburger Sozialdemokratie sich um die Hamburger Verhältnisse bitter wenig gekümmert. Es war nur ein ganz kleines Häuflein von Genossen, die im Verein mit einigen wenigen bürgerlich-demokratischen Ueberbleibseln das Interesse an einer freiereicheren Ausgestaltung des Hamburgischen Staatswesens nach zu erhalten bemüht waren.

Die Versuche, die in der vorsozialistengesellschaftlichen Zeit, Ende der siebziger Jahre, und im Jahre 1889 gemacht wurden, um auch dem sozialistischen Theile von Hamburgs Einwohnern — und das ist ja heute eine Majorität von fast zwei Dritteln — zu einer Vertretung in der Gesetzgebung Hamburgs zu verhelfen, sind freilich wenig er-muthigend gewesen; sie konnten nicht erfolgreich sein, weil heute das 1864 mit schlauester Berechnung begonnene Werk der systematischen Entrechtung der Massen bis zur äußersten Spitze entwickelt ist.

Nach der Verfassung vom Jahre 1859, die im Wesentlichen noch heute gilt, sind politisch berechnete Staatsbürger alle „Bürger“, welche den Eid auf die

Verfassung geleistet haben. Das waren bis zum Jahre 1865 alle selbständigen männlichen Bewohner; denn jeder, der in Hamburg ein selbständiges Gewerbe betreiben oder nur sich verheirathen wollte, mußte das Bürgerrecht erwerben. Die damit verbundene Abgabe galt als unvermeidliche; sie verschaffte dem das Bürgerrecht Erwerbenden wichtige materielle Vorteile und war gewissermaßen eine Versicherungsprämie gegen die damals gegen Fremde äußerst rigoros geübte Ausweisungspraxis.

Dem kapitalistischen Geldproletariat, den „Königlichen“ Kaufleuten, die von jeher in Hamburg das Heft in Händen gehabt haben, war das mit dem Anwachsen der Stadt notwendig erfolgende Wachsen der Zahl der Bürger und damit des Einflusses derselben längst ein Dorn im Auge. Die Erfahrungen des Jahres 1848 hatten die Scheu vor der Masse nur vermehrt. Als daher die modernen Zeitanforderungen: Gewerbefreiheit und Freizügigkeit, sich immer dringender geltend machten, verstanden die Hamburger Patrizier es in schlauser Weise, ihre Absicht der Verringerung der Zahl der „Bürger“, d. h. der politisch Berechtigten, zu erreichen. Die Aufhebung der Zünfte und die Beseitigung des Zwangs-Bürgerrechts wurden verknüpft; das letztere sollte nur für Einkommen von mehr als 3600 M. bestehen bleiben. Und als die Kleinbürger die Lunte rochen und auf den Vorschlag nicht einlassen wollten, drohte man ihnen, auch das Gesetz über die Aufhebung der Zünfte zurückzuziehen. Das wirkte. Wie die Großbourgeoisie, so verkaufte auch das Kleinbürgertum um wirtschaftlicher Vorteile willen sein politisches Recht. Der Senat bekam seinen Willen.

Die Reaktionen hatten sich durchaus nicht verrechnet. Die 30 M. „Stempelgebühr“, die für den Bürgerbrief festgesetzt wurden, bezahlten fortan, wo das Bürgerrecht keine materiellen Vorteile mehr bot, nur noch Leute, die es hatten.“ Die Zahl der „Bürger“ ging von Jahr zu Jahr zurück und heute giebt es deren unter den 637 000 Einwohnern Hamburgs nur noch etwa 26 000, unter welchen aber auch noch einige Tausend nicht wahlberechtigt sind, weil sie nicht mehr steuerfähig sind oder ihre Steuern nicht rechtzeitig bezahlt haben. Denn in einem Staate wie Hamburg, wo das Geld stets eine so hervorragende Rolle spielte, ist natürlich nur der ein Mensch, der Steuern bezahlt hat.

Aber selbst diese siebenmal gestiebte Wählerchaft von ca. 20 000 „Bürgern“ unter mehr als 600 000 Einwohnern ist noch ein zu „unzuverlässiger“ Faktor, um ihm die Zusammenziehung der gesetzgebenden Versammlung, der „Bürgerchaft“ allein zu überlassen. Die „Bürger“ sind freilich selbst nur eine kleine Clique unter den Hunderttausenden der Einwohnerschaft Hamburgs. Gleichwohl hat man aber aus dieser kleinen Clique noch wieder spezielle Interessengruppen ausgegliedert und sie mit Vorrechten ausgestattet. Das sind einerseits die Grundeigentümer, andererseits die sogenannten Notablen, das heißt die

gegenwärtigen und früheren Mitglieder der Gerichte und Verwaltungsbehörden.

Von den 160 Mitgliedern der Bürgerschaft werden nur 80 durch sogenannte „allgemeine Wahlen“ — ein wahrer Hohn auf den Namen — gewählt, d. i. von allen Bürgern; 40 wählen die Grundeigentümer und 40 die Notablen in gesonderten Wahlgängen. Grundeigentümer und Notable aber wählen auch bei den „allgemeinen Wahlen“ mit, die Notablen, soweit sie Grundbesitzer sind, auch bei diesen. Grundeigentümer und Notable haben somit mindestens ein zweifaches, letztere, soweit sie Grundbesitzer sind, ein dreifaches Wahlrecht. Das ist eine liebliche Mannigfaltigkeit, an welche selbst das berücksichtigte preussische Dreiklassen-Wahlrecht nicht heranreicht, zumal wenn man bedenkt, daß die Massen der Bevölkerung als völlig rechtlose Parasiten überhaupt nicht in Frage kommen.

Als wahrhaft volkvergiftende Frucht solcher Sumpfpflanze mittelalterlichen „Rechts“ ist die Thatsache zu verzeichnen, daß die gesetzgebende Körperschaft Hamburgs zu mehr als drei Vierteln aus Grundbesitzern besteht. Von den 160 Mitgliedern der Bürgerschaft sind 181 nicht nur in der glücklichen Lage, den Chikanen unerdorener Hauswirthe entrückt zu sein, die Mehrzahl (rund 100) üben selbst die lieblichen Praktiken privilegierter Hauspapas.

Kein Wunder, daß in Hamburg für die Interessen des Grundeigentums so vortrefflich gesorgt ist. Die Herren Hausagrarier haben es verstanden, ihre dominante Stellung in der schubdesten Weise zu ihrem Vorteil auszunutzen, indem sie jeden gesunden Fortschritt auf dem Gebiete des Wohnwesens verhindert haben. Es ist in Hamburg zu einem selbst von den eragiertesten Verteidigern des Bestehenden anerkannten Gemeinplatz geworden, daß „Reformen“ nur durchgehen, wenn dabei für die Grundbesitzer etwas zu verdienen ist.

Die Hinderung jedes Fortschritts im Wohnungswesen kommt voll auf das Konto der Grundeigentümer; sie trägt darum ein großer Theil der Verantwortung dafür, daß infolge der scheußlichen Zustände auf diesem Gebiete die Cholera so bedenkliche Angriffspunkte vorfand. Der erste Jörn der entsehligen Bevölkerung — und zwar bis in die höchsten Kreise hinein — traf darum auch die Herren Hausagrarier.

Aber sie sind nicht allein die Schuldigen. Auch auf anderen Gebieten ist eine so unerhörte Mißwirtschaft aufgedeckt, daß im ersten Schreck von allen Seiten nach Reformen gerufen wurde. Wir erinnern z. B. nur an die schmäbliche Verzögerung der Versorgung Hamburgs mit genießbarem Wasser und an die von den Staatsbehörden im trauten Verein mit dem kapitalistischen Unternehmertum betriebene Belämpfung der auf Bessergestaltung ihrer wirtschaftlichen Lage gerichteten Arbeiterbestrebungen.

Die völlige Loslösung der herrschenden Kreise von dem Einfluß der Massen hat erstere jedes Verständnis für die Interessen der letzteren verlieren lassen. Wenn überall die herrschenden Klassen ihr Interesse als Staatsinteresse

### Feuilleton.

182

### Der Aufruhr in den Cevennen.

Eine Erzählung von Ludwig Tieck.

Als die Nacht fast vorüber war und Roland sich längst mit der Hauptchaar entfernt hatte, wurde der kleine Trupp der begleitenden Kamisards plötzlich aus einem Hinterhalt von einer ziemlichen Anzahl der Königlichen überfallen. Es war in dem Nichtweg nach Florac zu, wo Vila mit seinem Freunde eine Freistätte, die ihm sicher dünkte, hatte aussuchen wollen. Die Verwirrung war allgemein, und es schien, daß der kleine Trupp der Kamisards sowohl als die Reisenden durchaus verloren sein müßten. Während dem Schießen und Geschrei war Vila mit den Pistolen in der Hand aus dem Wagen gesprungen, und der Parlamentär war ihm gefolgt, ohne sich deutlich bewußt zu sein, was geschehen sollte. Beim grauen Licht des Morgens entdeckte man, daß der Angriff aus einem seitwärts liegenden Thale geschah, die Reisenden befanden sich auf der Anhöhe. Der Parlamentär, der später den Wagen verließ, sah schon alles im Handgemenge, die Königlichen schienen zu weichen, als ein zweiter Trupp sich aus dem Gebüsch stürzte, von dem man nicht sogleich sagen konnte, ob es Soldaten oder Empörer waren. Doch noch ehe der Rath irgend eine Ueberzeugung gewinnen oder einen Entschluß fassen konnte, ergriff ihn der Kutscher, nöthigte ihn dringend, in den Wagen zu steigen, und als

er die Unentschlossenheit des alten Mannes sah, hob er ihn fast mit Gewalt hinein. „Besser ohne den Herrn, als mit ihm hier umkommen, er wird uns schon wiederfinden,“ rief er in höchster Angst und peitschte auf die Rosse, daß sie im schnellsten Trab über Hügel und Thäler schnaubend dahinfliehen. Nach einiger Zeit besann sich der Herr von Beauvais und zwang nach vielem Streiten und Disputiren den Halsstarrigen, wieder stille zu halten. Auf der Spitze eines Berges, von welcher man die ganze benachbarte Landschaft übersehen konnte, erwartete man den Zurückgebliebenen. Von dem Gesecht war nichts mehr zu entdecken: es schien, als wenn in weiter Ferne eine Schaar Flüchtiger davoneilte; doch konnte man nichts genau unterscheiden. Endlich sah man aus einem Gebüsch zwei Reiter auftauchen, die dieselbe Straße verfolgten. Sie kamen näher, und der Rath war jetzt zu unterscheiden, der mit einem Tuche winkend sich auf einem kleinen Pferde zur Anhöhe hinauf arbeitete. Ein junger Bursche mit verbundenem Kopfe folgte ihm. „Du thatest gut“, rief er, als er oben war, „gleich beim Anfange der Schlacht den Rückzug anzutreten; das sind dumme, abgeschmackte Dänel, die uns Zivilpersonen nicht geziemen. Da, Martin, so heißt Ihr ja, nehmt den Klepper wieder an Euch und macht mit ihm, was Ihr wollt.“ Mit diesen Worten stieg er ab und begab sich in den Wagen, wo er erst vielen Selbststrufl seines Kutschers anhören mußte, der sich das ganze Verdienst dieser weissen Retirade aneignen wollte, wegen deren Uebereilung der Herr von Beauvais den alten Freund beschämt um Verzeihung bat. „Es war keine Uebereilung,“ rief Vila aus, „sondern das Klügste, was geschehen konnte, ich hätte nur ebenfalls in dem Kasten sitzen bleiben sollen, denn mein bißchen Schießen ist wie ein Tropfen im Strom gegen die Bravour der Kamisards gerechnet. Mit denen nimmt es

keiner von uns auf. Die Kerle verstehen keine Räson. Ob Kugeln fliegen, ob Degen blitzen, das ist ihnen nur ein Spielzeug, und die kleinsten Buben, die laum von der Mutter Brust entwöhnt sind, sind auf das Teufelszeug ebenso versessen wie die ältesten Knafterbärte. Gab' ich's doch nun einmal recht in der Nähe gesehen, was ich in den Erzählungen nicht habe glauben können; doch da ich's überstanden habe, so ist es mir nun auch auf Lebenszeit genug.“

An einer einsamen Schenke hielten sie still, um die Pferde zu erfrischen, und während sie das Frühstück genossen, fuhr der Arzt fort, seinem alten Freunde den Verlauf jener Begebenheit zu erzählen. „Wie gut“, fing er von neuem an, „daß Du in unserer Schlacht nicht zugegen gewesen bist, denn, denke nur, Dein Edmund hatte uns immer noch begleitet, er hatte es sich nicht wollen nehmen lassen, für Deine Sicherheit zu sorgen. Wie der Spektakel nun losging, war er auch immer vornan. Da war nun ein Wütschen, das machte sich auch herbei. Wo kommt Ihr her?“ schrieen die Kamisards. — „Darnach habt ihr nicht zu fragen“, antwortet der Kamerad. — „Ihr seid ein Verräther.“ — „Wozu schimpfen“, rief der Kleine, „das thut euch ehrlüche Leute nicht.“ — „Naut ihn nieder!“ schrie ein anderer. — „Niederhauen“, sagte der Knirps, „wenn ich für Euch mein Leben opfern will?“ — „Wer bist Du?“ hieß es wieder. — „Ich heiße Martin, weiter braucht ihr nichts zu wissen.“ — Die Untersuchung wurde durch Schießen und Hauen gestört. Da kam es in meine Gegend heran, und ich kriegte eine Gänsehaut über den ganzen Körper; verschossen hatte ich mich schon, vielleicht ohne zu treffen, da erbarmte sich der große Jacoste (meiner Angst und hieb die Kerle zusammen, als wenn es nur Mohntöpfe wären. Aber Edmund, der sich zu mir hindurch hauen wollte, kam in

behandeln, so kaum irgendwo so ungenügend, wie in Hamburg. Das Klagenwesen ist zu einer geradezu widerlichen Ausdehnung gelangt; einzelne Gesetzgeber Hamburgs fühlen sich so völlig unabhängig von der Masse der Einwohnerlichkeit und so total unter dem Einfluß der kleinen in den Bürgervereinen dominierenden Klagen, daß das Gesamtinteresse dabei ungemein schwer zu seinem Recht kommen kann.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 12. Oktober.

In der Grenze unserer Expansionskraft sind wir, wie die „National-Zeitung“ wieder einmal entdeckt hat, angelangt. Dies beweisen nach dem leitenden Blatte der nationalliberalen Partei die Anträge zum Kölner Parteitage, aus denen „Langeweile und Theilnahmslosigkeit gähnt“, welche die „geistige Erschöpfung“ der Partei beweisen sollen. Und all' dies, weil einzelne Parteigenossen statt alljährlich in zweijährigen Zwischenräumen die Parteitage abgehalten wissen wollen, weil einzelne Fragen zweiten und dritten Ranges nach dem Wunsche von Parteigenossen in Köln verhandelt werden sollen.

Die „National-Zeitung“ sieht einen Beweis unserer Müdigkeit darin, daß die Anträge nicht einen einzigen Satz von prinzipieller Bedeutung“ enthalten. Das Blatt sieht nicht ein, daß dies gerade ein Beweis unserer Stärke, unserer Klarheit, unseres zielbewußten Vorgehens ist. Wären wir nationalliberal, so würden wir freilich alljährlich unsere Front wechseln und den Mantel bei jedem Windhauche anders umhängen. Wir sind aber glücklicher Weise Sozialdemokraten und haben deshalb unser festes Ziel im Auge und lassen uns von niemandem von der sicheren Bahn abbringen. In Erfurt gaben wir uns ein neues Programm, stellten auch dort unsere Taktik fest, in Berlin setzten wir uns mit dem Staatssozialismus auseinander, wir haben festen Boden unter uns und erblicken, abgesehen von unserer glänzenden Wahlerfolge, in dem geschäftsmäßigen Verlaufe der Verhandlungen ein Zeichen innerer Stärke. —

**Divide et impera** (theile und herrsche) scheint die Parole der Reichsregierung bei ihrer Steuerpolitik zu sein. Schon scheiden sich die Interessentkreise, die süddeutschen Tabakfabrikanten und Tabakbauern erwärmen sich von Tag zu Tag mehr für die Tabak-Fabrikatsteuer, während in Norddeutschland alle an der Zigarren- und Rauchtabakfabrikation wie am Tabakhandel Interessierten in der Opposition immer fester werden. Dasselbe, was hier geglättet ist, wollte unzweifelhaft der überkluge Niquel auch bei der Weinsteuer erreichen, indem er hoffte, daß ein Gegensatz der Bier- und Branntwein verbrauchenden Gegenden gegen die Weinbauenden und Weinverbrauchenden sich herausbilden würde. Vorläufig ist dies noch nicht geglättet, aber es kann noch kommen, besonders wenn die Aufhebung der Liebesgabe energisch gefordert werden wird. In der dann entstehenden Verwirrung sollen sich wohl nach dem Wunsche der Reichsregierung Zufalls-majoritäten für die einzelnen Steuervorlagen bilden?

Unser Standpunkt zu den Steuervorlagen wird aber trotz aller „Schiebungen“ unverrückbar der gleiche bleiben: keinen Groschen für den Moloch Militarismus und keine weiteren Verbrauchsabgaben. —

**Neue Steuerprojekte.** Die freilich sehr wenig zuverläßliche „Berliner Börsen-Zeitung“ schreibt:

„Die Schwierigkeiten der Geldbeschaffung durch Reichssteuern zur Deckung der bewilligten Heeresvermehrung treten in mancherlei Weise zu Tage. Zunächst sieht man sich in Regierungskreisen außer Stande, durch offizielle Artikel der tiefgehenden Agitation zu begegnen, welche in denjenigen Interessentkreisen herrscht, die von den neuen Steuern betroffen werden sollen. Man macht sich auf einen energischen Kampf gefaßt, und darum finden erneut Konferenzen zwischen einzelnen Finanzministern statt. So eben haben der württembergische und der badische Finanzminister wieder über die Angelegenheit konferiert, welche nachgerade das gesamte politische Interesse der Bevölkerung absorbiert. Wie verlautet, soll bei der nächsten Konferenz die Frage erörtert worden sein, ob nicht eine Erbschaftsteuer, durch das Reich erhoben, die Finanzverhältnisse besser beseitigen würde, als die jetzt auf der

Tagesordnung stehenden Steuerpläne. Um die untern Bevölkerungsklassen zu schonen, dürfte man die Steuer nicht bei kleinen Vermögen beginnen lassen, die Anfangsstufe aber auch nicht zu hoch stellen, weil sonst erfahrungsgemäß die Ergebnisse dem zu erreichenden Zweck nicht entsprechen. Darüber herrscht Einigkeit. Vielleicht sehen wir also die Reichsregierung dem Gedanken in absehbarer Zeit näher treten.“

Wie glauben dies kaum. Unsere Steuerkünstler schrecken vor jeder direkten Steuer zurück. Sie werden auch die Schwierigkeit einer Einigung mit den Einzelstaaten, welche Erbschaftssteuern besitzen, überschätzen. Würde es sich bei den Steuerprojekten um Deckung von Kulturaufgaben handeln, würden wir mit größerer Sympathie als den bisherigen Steuerprojekten einer Reichs-Erbschaftsteuer entgegenzutreten, trotz ihrer Mängel einer Reichs-Einkommensteuer gegenüber. —

**Die Wiedereinführung der Berufung gegen die Urtheile der Strafkammern** ist angeblich gesichert. Der Finanzminister habe sich jetzt mit dem erforderlichen Kostenbeitrag einverstanden erklärt. Ebenso soll die endgültige Entscheidung dahin getroffen worden sein, daß die Oberlandesgerichte die zweite Instanz bilden. Die Vorlagen sollen schon in der nächsten Reichstagsstagung eingebracht werden. —

Unser **Wahlreform-Antrag** ist im bayerischen Landtage abgelehnt worden. Dies wird unserer Partei mehr nützen, als die liberalen und ultramontanen Reaktionen sich träumen lassen. —

Als ein **Vorstöß** gegen die bayerische Militär-Strafprozessordnung stellt sich der Ausschluß der Öffentlichkeit im Prozesse Hofmeister dar, der angeblich auf den Wunsch des neuen Kriegsministers von Asch, eines Bewunderers des in Preußen noch immer herrschenden geheimen Militärgerichtsverfahrens, zurückzuführen sein soll.

Das „Würzburger Journal“ schreibt hierüber: Bekanntlich baut sich die bayerische Strafprozessordnung auf dem bürgerlichen Strafprozess auf, bezw. sie ist dieselbe wie bei den Hofgerichten. Stets war diese dem modernen Anspruchs an eine unabhängige Rechtspflege gerecht werdende bayerische Strafprozessordnung ein Vorbild aller höheren Disziplinen, die nach der preussischen Schablone arbeiten. Auch in der Kammer wurde seiner Zeit diese Salbung der bayerischen Militärgerichtsbarkeit mit bürgerlichem Geiste nicht ohne den heftigsten Widerspruch des Kriegsministers und seiner Räte vorgenommen. Aber es halfen alle militärischen Argumente nichts und nur später gelang es, bezüglich der disziplinären Interessen einen kleinen Gummiparagraphen über das Recht des Ausschusses der Öffentlichkeit bei den Militärgerichtsverfahren einzuschleichen.

Obwohl man mit diesem Paragraphen z. B. alle Soldatenschiedsprozesse und alle gegen Offiziere gerichteten Verhandlungen von der Öffentlichkeit ausschließen konnte, so hat man bis jetzt von ihm uneres Wissens noch nie Gebrauch gemacht, wohl im Hinblick auf die bei Schaffung der bayerischen Militärtraf-Prozessordnung unzweifelhaft zu Tage getretene Absicht der Gesetzgeber.

Wir haben es somit im Fall Hofmeister mit dem ersten energischen Vorstoß zu thun, um das preussische geheime militärische Inquisitionsverfahren auf Umwegen und Hintertreppen in der bayerischen Armee einzuführen.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten in der bayerischen Kammer werden es sich kaum entgehen lassen, den neuen Kriegsminister über die Unterjochung und das gerichtliche Verfahren gegen den Lieutenant Hofmeister zu interpellieren. —

**Soldatenschieder avanciren**, wie folgende Mittheilung der „Münchener Post“ beweist:

Unteroffizier J. Renner, 1. Kompanie 8. bayer. Inf.-Reg. zu Weiz (Hort Wanteuffel), dessen herrliche That beim Thema Soldatenschieder während der letzten Kammerverhandlungen mehrfach Erwähnung fand, hat kapitulirt und wurde am 1. Oktober zum Sergeanten befördert. Ein Mann von derselben Kompanie, welcher gleichfalls kapitulirte, aber wegen Dienstvergehen und Quälen der Soldaten noch nicht bestraft wurde, blieb Unteroffizier. —

**Die Landtagswahlen in Baden** finden am 19. Okt. statt. In Mannheim ist seitens unserer Partei Genosse Adolf Wed. in Pforzheim-Stadt Stadtrath Köller, und für Pforzheim-Land Speyererhändler Schuler aufgestellt. —

ein schlimmes Gebränge. Zwei Dragoner machten sich an ihn und holten fürchterlich an. Aber noch ehe sie hauen konnten, sich, Freundchen — da hatte der kleine Spitzbube Martin den einen vom Pferde gehauen und schon dem andern fast in demselben Augenblick durch die Brust, als wenn sich die Krabbe zeitweilig auf nichts anderes geübt hätte. Der große Jacoste, der Hund, wie er sich selber titulirt, war auch nicht faunselig, und Dein Sohn verlor weder Muth noch Kraft: die Kamisards waren wie ebenso viele Teufel, und so mußten die guten Rechtsläubigen uns denn das Feld lassen, in welchem eine ziemlich Anzahl von ihren Freunden liegen blieb. — Meinen armen lieben Sohn habe ich nicht bemerken können; er mag wohl mit dem großen Trupp gegangen sein, wenn sie ihn nicht schon ermordet oder gefangen haben.“

„Und Martin, der Knabe, von dem Du sagtest, der so wacker meinem Sohn das Leben gerettet hat?“ fragte Herr von Beauvais.

„Martin“, rief der Doktor laut, „Martin! wo steckst Du denn? Ja, das könnte wahr sein; bei dem schlanken Gelbschnabel könnt Ihr Euch beide bedanken. Er trug schon, als er ankam, ein dickes Tuch um den Kopf und mochte wohl schon einen Hieb wo erwischt haben, und nachdem er Deinen Sohn frei gemacht hatte, ging ihm wieder ein Säbel recht tief in den Kopf hinein, so daß sogleich ein Blutstrom nachschloß. Als wenn er sich zur Abwechslung die Nase wusch, so mir nichts dir nichts, band er um den ersten noch einen zweiten Turban und war doch dabei recht leichenblau. — Martin! wo bleibt denn der Flegel?“

Aber niemand war zu errufen. „So ist die dumme Jugend“, sagte der Arzt verdrießlich, „er hat das mit dem Pferde zurückzuführen falsch verstanden und ist in der Einfalt gleich wieder umgekehrt. Der arme Junge. Wenn nur kein Fieber dazukommt.“

„Es würde mich unglücklich machen“, sagte der Rath, „wenn ich dem lieben Knaben meine Dankbarkeit nicht zeigen könnte. Mühte ich ihn mir lebend, krank, hilflos oder sterbend denken, so möchte ich blutige Thränen weinen.“

„Es wird so arg nicht sein“, murmelte Billa verdrießlich,

„warum muß denn der Grünspecht auch so davonlaufen, als wenn — ei! ei! die Wunde hätt' ich ihm doch wenigstens gern verbunden. Nun, der Teufel wird ihn auch nicht gleich holen. Solch Kamisardenspiß ist in der Regel ein zähes Wesen.“

Man mußte wieder aufbrechen, um noch mit Sicherheit das einsame Dorf im hohen Gebirge zu erreichen. „Du weißt“, sagte der Arzt, als sie wieder im Wagen saßen, „daß es nur eine alte Wadl ist, zu der ich Dich hinführe, eine einfältige Person, die lange bei mir gedient hat, die aber so trenn und ehrlich ist, daß es fast eine Schande wird, wie vielleicht mancher freigeistige Stüber von ihr sagen würde. Sie hat einen Gärtner oder Bauern, der auch im Gebirge den Chirurgen macht, geheiratet. Dort giltst Du für einen alten kranken Better, dem die Kamisards Haus und Hof angezündet haben; Deine Tochter findest Du schon dort, das kluge Kind muß Dich nur nicht verrathen; die beiden Leute aber ließen sich eher zerschneiden, ehe sie etwas anderes von Dir ausfragten. Wenn Du bei der Barbe auch nur eine halbe Stunde in der Stube geessen hast, so hält sie Dich auch selbst für ihren Betten und braucht gar nicht mehr zu lägen. Das ist es ja, warum es in dieser Klasse von Leuten so oft besser gelingt als in den höheren: Bildung haben sie nicht, aber die rechte Glaubensfähigkeit. Verliere nur nicht selbst den Muth und werde in der Einsamkeit dort ein zu weicherlicher Hasefuß. Es kann ja noch alles gut werden.“

Unter diesen und ähnlichen Gesprächen waren sie endlich Nachmittag zu jenem Dorfe im innersten Gebirge gelangt. Die Häuser lagen zerstreut unterhalb oder oben am Abhang des Berges; jedes hatte Garten und Gebüsch um sich her, und die Kirche sah vom höchsten Punkt auf die niederen Hütten herab. Das kleine Haus, nach welchem die Reisenden sich hinführen mußten, stand fast am Ende des Dorfes, unmittelbar über einem schnell fließenden Bach, ein Krautgärtchen war vor dem Hause, und einige Kastanienbäume, Eschen und Platanen gaben Schatten und Kühlung in der Nähe. Als man ausstieg, kam ihnen die ziemlich beschaltete Wirthin auf dem kleinen Flur entgegen. „Willkommen! schön willkommen!“ rief sie halb im Scherz,

Die **Bauernvereine** werden schon gegen den noch ungeborenen deutsch-russischen Handelsvertrag mobil gemacht, wie folgender Beschluß des fränkischen Bauernbundes beweist:

„Wir Bauern protestiren gegen einen russischen Handelsvertrag, durch welchen der Getreidezoll unter 5 M. herabgesetzt werden soll, weil dadurch die Landwirtschaft zu Grunde gerichtet würde. Einer Reichsregierung, welche die mit Oesterreich und Italien begonnene Vertragspolitik fortführt, ertheilen wir Bauern unser unbegrenztes Mißtrauen und verlangen die Entfernung eines Reichsfanzlers, welcher von den landwirtschaftlichen Verhältnissen nichts versteht und dieselben vollends zu Grunde richtet.“

**Von den Arbeiterwohnungen mit Hilfe der Versicherungsanstalten.** Von den 150 000 M., welche die Stadt Lahr (Baden) von der Badischen Versicherungsgesellschaft behufs Errichtung von Arbeiterhäusern aufgenommen hat, sind, wie die „Blätter für soziale Praxis“ berichten, schon 70 000 M. verwendet. Es sind damit Darlehen gegeben worden zu 12 Neubauten und zum Kauf von 2 bereits bestehenden Häusern. Die 14 Häuser enthalten zusammen 35 Familienwohnungen für Arbeiter, wovon jede 3 Zimmer, Küche und Zubehör enthält. Die Häuser liegen nicht neben einander, sondern verstreut in verschiedenen Straßen der Stadt. — Auch die Stadt Villingen will nunmehr an die Versicherungsanstalt Baden den Antrag auf Gewährung eines Darlehens zur Förderung des Baues kleiner Wohnungen stellen. — Ferner hat die Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalt zu Hannover dem Vorstände der Spar- und Baugenossenschaft in Wilhelmshaven das für den Erwerb eines Baugrundes erforderliche Kapital aus den Fonds der Anstalt zu maßigem Zinsfuß dargeliehen. Auch die Alters-Versicherungs-Anstalt von Berlin soll beschließen haben, dem Spar- und Bau-Verein Berlin zum Bau eines Arbeiter-Wohnhauses in der Siemensstraße zu Waabit auf zehn Jahre das Baukapital zum Zinsfuß von 3 pCt. zu bewilligen.

Wir haben uns schon des öfteren gegen die Festslegung der Gelder der Invaliditäts- und Altersversicherungsgesellschaften in Hypotheken und gegen die Förderung von Wohnfabriksanstellungen zweifelhaften Wertes ausgesprochen. Vor allem müßte unbedingt vermieden werden, daß durch solche Darlehen die Arbeiter in ihrer Freizügigkeit gehindert und vom Unternehmertum noch abhängiger gemacht werden. —

**Eisenbahn-Unfälle.** Der „Reichs-Anzeiger“ schreibt:

Nach der im Reichs-Eisenbahnamt aufgestellten Nachweisung der auf deutschen Eisenbahnen — ausschließlich Bayerns — im Monat August d. J. beim Eisenbahn-Betriebe (mit Ausschluß der Verhältnisse) vorgekommenen Unfälle waren im Ganzen zu verzeichnen: 9 Entgleisungen und 2 Zusammenstöße auf freier Bahn, 20 Entgleisungen und 19 Zusammenstöße in Stationen und 194 sonstige Unfälle (Ueberrutschen von Fuhrwerken, Feuer im Zuge, Kesselexplosionen und andere Ereignisse beim Eisenbahn-Betriebe, sofern bei letzteren Personen getödtet oder verletzt worden sind). Bei diesen Unfällen sind im Ganzen, und zwar größtentheils durch eigenes Verschulden, 213 Personen verunglückt, sowie 54 Eisenbahn-Fahrzeuge erheblich und 128 un erheblich beschädigt. Von den beförderten Reisenden wurden 6 getödtet und 15 verletzt, und zwar entfielen: zwei Tödtungen auf den Verwaltungsbezirk der königlichen Eisenbahn-Direktion zu Hannover, je eine Tödtung auf die großherzoglich badischen Staatsbahnen und auf die Verwaltungsbezirke der königlichen Eisenbahn-Direktionen zu Frankfurt a. M., zu Bromberg und zu Berlin, fünf Verletzungen auf die großherzoglich badischen Staatsbahnen, drei Verletzungen auf den Verwaltungsbezirk der königlichen Eisenbahn-Direktion zu Bromberg, je zwei Verletzungen auf die Verwaltungsbezirke der königlichen Eisenbahn-Direktionen zu Köln (links), zu Erfurt und zu Hannover, eine Verletzung auf den Verwaltungsbezirk der königlichen Eisenbahn-Direktion zu Elberfeld. Von Bahnbeamten und Arbeitern in Dienst wurden beim eigentlichen Eisenbahnbetriebe 24 getödtet und 130 verletzt, von Postbeamten einer verletzt, von fremden Personen (einschließlich der nicht im Dienst befindlichen Bahnbeamten und Arbeiter) 9 getödtet und 19 verletzt. Außerdem wurden bei Nebenbeschäftigungen 39 Beamte verletzt. Von den sämtlichen Unfällen beim Eisenbahnbetriebe entfielen auf: a) Staatsbahnen und unter Staatsverwaltung stehende Bahnen (bei zusammen 24 487,09 Kilometern Betriebslänge und 1 059 948 026 beförderten Achskilometern) 230 Fälle; davon sind verhältnismäßig, d. h. unter Berücksichtigung der beförderten Achskilometer und der im Betriebe gewesenen Längen, auf der Main-

aber mit der herzlichsten Freundlichkeit, „also der alte Herr ist mein Herr Vetter? freue mich, Sie in die Verwandtschaft zu bekommen.“

„Wo ist meine Tochter?“ fragte Herr von Beauvais. „St! st!“ sagte Barbe mit bedeutamer Miene; „das kleine Mädchen schläft oben in der Stube — die Du nun auch bemohnen wirst, mein gehrter Herr Vetter.“

„So ist es recht“, sagte der Doktor, „lernst Euch nur hübsch ein in Euren Ton: und was macht der kranke Joseph?“

„Ach Gott!“ sagte die Alte, „der hat den Schreck nicht verwunden, der arme Mensch ist da unten in dem andern Dorfe verchieden. Denn als er mit der kleinen Wuhme so schnell Hals über Kopf weg mußte und sein Herr sich verloren hatte, der auf einen Weg gerathen war, und die Volkzebedienten so grob wurden und das Militär auch schon einrückte, da ist ihm alles das auf Milz und Leber geschlagen, und er hat daran glauben müssen.“

„Armer Joseph!“ seufzte der Rath.

„Aber machen Sie sich's doch bequem“, fuhr die Alte fort, — „setze Dich doch, Vetter, armer Mann, da auf den weichen Stuhl; Du mußt es jetzt vergessen, daß Du es sonst besser gewohnt bist.“

„Nun“, fragte Billa, „und die Wirthschaft, wie geht sie? Was macht der Mann?“

„Danke der gütigen Nachfrage“, antwortete die Geschwähzige. „Ach! lieber Gott! aus dem wird nichts, der bleibt ein Windbeutel sein lebenslang.“

„Laßt ihn nur erst etwas zu Jahren kommen“, sagte Billa, „so vergeht ihm der Muthwillen schon.“

„Ach du lieber Himmel!“ rief sie aus, „er ist ja nun schon über die Fünfzig; daran liegt es nicht, an einem verstandigen Alter hat es ihm Gott nicht fehlen lassen; die Jugend drückt ihm nicht mehr, aber Hopfen und Malz ist an ihm verloren.“

„Ist er denn faul, Alte? Oder bringt er Euch das Eurige durch?“

„Nein“, fuhr sie lebhaft fort, „das muß man ihm nachsagen, er wendet nichts auf sich, er gönnt sich kaum das liebe Brot, und rumlaufen, arbeiten, Hand an-

Redar-Eisenbahn und in den Verwaltungsbezirken der königlichen Eisenbahn-Direktionen zu Köln (rechtsrhein.) und zu Oberfeld die meisten Unfälle vorgekommen. b) Privatbahnen (bei zusammen 2529,34 Kilometern Betriebslänge und 52.658.777 geförderten Achskilometern) 14 Fälle; davon sind verhältnismäßig auf der Hessischen Ludwigsbahn, auf der Werabahn und auf der Lübeck-Büchener Eisenbahn die meisten Unfälle vorgekommen.

**Herr Hige** scheint mit seiner Professur an der Akademie in Münster rasch Bankrott gemacht zu haben. Man sieht ein, daß seine Kochbuch- und andere Weisheit nicht genügt zur Heranbildung in der Nationalökonomie und erwägt die Schaffung einer Professur für Nationalökonomie neben dem Lehrstuhl des Herrn Hige. Er hat wohl außer einigen zum Kollegienbesuch gezwungenen Theologen keine Zuhörer gefunden? —

**Pater peccavi** (Vater, ich habe gefehlt) hat Pastor Schall in einer geistigen Versammlung gesagt und sich von dem Verdachte reinzuwaschen, daß er sich zur Sozialdemokratie entwickele. In einer Polemik gegen Th. v. Wächter, der seine Partei-Anschauungen in einer Pastorenversammlung wader und rüchhaltlos verteidigte, behauptete er, daß die Sozialdemokratie sich mit dem Atheismus identifiziere. Dem Bericht des „Reichboten“ entnehmen wir den Schluß der Rede des Pater Schall:

„Diese Sozialwissenschaft ist und allen ein fremdes Gebiet gewesen und wie können wir daraus den Pastoren oder den Konfessionen einen Vorwurf machen, denn diese Wissenschaft ist unteu geboren und mit schwarzem Dunst ist sie zu uns hinaufgediegen. Es hat Selbstüberwindung gekostet, sich mit ihr zu beschäftigen, denn mit sinkenden Dunst umhüllt, hat sie sich uns präsentiert. Deshalb nehme ich die christliche Kirche, das heißt unsere Behörde so kräftig in Schutz. Wenn ich von Schuld rede, möchte ich es thun mit dem Bekenntnis: ich selbst habe am meisten gefehlt und mit blutigen Thränen beweine ich das! — Mehr habe ich nicht zu sagen! (Stürmischer Beifall.)“

Herrn Pastor Schall gegenüber wollen auch wir nicht mit unserem Beifalle zeigen, wir sind froh, wenn Leute, die sich so leicht überzeugen und rücküberzeugen lassen, uns möglichst fern bleiben. —

**Die Idee der Uebernahme gewerblicher Thätigkeit in städtische Verwaltung** macht Fortschritte. In Freiburg i. Br. soll, wie wir den „Blättern für soziale Praxis“ entnehmen, vom 1. Mai 1894 das Klattwesen in städtischen Betrieb übergehen und der Züricher Stadtrat dürfte demnächst beschließen, den „Dienstmannen-Betrieb“ in eigene Verwaltung zu übernehmen. —

**Selbst zu einem Parteitage** wollen sich anlässlich des Taaffe'schen Wahlreform-Entwurfs die lendenlahmen Liberalen Oesterreichs aufstellen. Freilich zu der Taaffe einzig unangenehmen und dabei liberal erscheinenden That nämlich zur Ablehnung der Prager Ausnahmeverordnungen, können sich die Herren nicht mehr aufraffen. Ein ultramontanes Blatt meint, die Zukunft des Vaterlandes steht auf dem Spiele, wenn die „Knechte“ dasselbe Wahlrecht erhalten wie die Banern. Die Junggehehen und Antisemiten haben sich für den Taaffe'schen Antrag erklärt. Die Polen scheinen für den Antrag zu gewinnen zu sein, die Plutheuten dürften ihn freudig begrüßen. Die Führer der großen parlamentarischen Parteien sind beleidigt, weil Taaffe sie von seinen Plänen nicht verständigt hat.

Graf Taaffe hat erreicht, daß die politische Aufmerksamkeit auf seinen Antrag konzentriert wird und alle anderen ihm unangenehmen Fragen in den Hintergrund gedrängt sind, seine Nebenabsicht, die herrschenden Parteien zu zerlegen und zu spalten, dürfte ihm mit seinem Antrage wohl auch noch glücken.

So wenig unsere Partei mit demselben vollständig zufrieden sein kann, so dürfte sie ihn mit Recht als Abschlagszahlung betrachten, wird doch in Wien allein die Wählerzahl von 80 000 auf 350 000 sich steigern. Für wie stark man die österreichische Sozialdemokratie hält, beweisen die von allen Zeitungen gebrachten Schätzungen über die bei Einführung des Wahlgesetzes zu erwartenden sozialistischen Wahlsiege. Der Wiener Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ rechnet auf Eroberung von 50 Wahlkreisen, der Wiener Berichterstatter der „Kreuzzeitung“ auf 30—40 sozialistische Wahlsiege, die Regierung glaubt, daß 20 Sozialdemokraten gewählt werden würden. So bedeutungslos diese Schätzungen auch erscheinen, so be-

legen thut er auch genug. Aber er bringt nichts vor sich. Je nun, die Zeiten freilich sind auch nicht mehr wie ehemals.“

„Also der Verdienst bleibt aus?“  
Gewiß, verehrtester Herr Medikus. Sehen Sie, hier bei uns zu Lande heißt mein Alter weit und breit nur der Kluge Mann. Wo ein Vieh krankt, wo ein Mensch Siechtum hat, da wird er gerufen, und das muß wahr sein, der Himmel hat einen ganz aparten Segen in seine Hand gelegt, denn was er beinahe nur antührt, wird besser. Wo seine Mißkante oder seine Ketzeppe nicht ausreichen, da braucht er denn auch die Symphonie, oder was sie die symphonetrische Methode nennen, und die ist bei den Banerbluten immer am meisten beliebt und am besten zu fruktifizieren.“

„Ihr habt auch was von ihm gelernt“, bemerkte Wila. „Sollte in so vielen Jahren nicht etwas hängen bleiben?“ antwortete sie bescheiden. „Aber wenn er nur nicht das meiste sogar umsonst thäte, so wäre das alles recht gut und schön. Sehen Sie, statt Kohl zu pflanzen, steht unser Gärtchen voll gelehrte Pappuzig und Rettig und Zwiebeln mit lateinischen Namen, was er dann selber tribuliert oder destilliert, wie er's heißt, und Pulver und Lattwerke daraus ekonomisiert, daß es nur eine Art hat. Sie wissen's auch schon in der ganzen Nachbarschaft, daß er ein Narr ist, denn oft um Mitternacht klopfen sie ihn heraus und rufen ihn zum kranken Kinde oder Hinz und Kunz, die das Gezeis haben oder auch wohl zu viel getrunken. Und wenn sie dann bezahlen sollen, so ist der Dienst vergessen und kein Geld im Kasten. „Es sind arme Leute“, sagt der Taugenichts dann, sie haben schon Elend genug: uns hat es gottlob noch nie an Brot gefehlt.“

„So war er aber von jeher“, bemerkte Wila, „ich dachte, er würde verständiger werden und mehr an sich denken lernen. Er war von jeher zu fromm.“

„Fromm!“ rief die Frau aus, „ach Herrje! Ihr Gnaden, da kommen wir erst recht auf den saulen Fleck. Nein, Herr Wila, Helgon, oder was man so Christenthum nennt, hat er nun auch ganz und gar nicht.“

(Fortsetzung folgt.)

weisen sie doch zum mindesten, daß die Sozialdemokratie in Oesterreich heute schon eine große Macht ist. —

**Gegen den Russenschwindel** sprach sich die französische Gesellschaft für Frauenrechte aus, sie wolle Völkerfreundschaft, aber nicht im Hinblick auf die Revanche. —

**Herr Giolitti**, der italienische Ministerpräsident, möchte gerne, daß das Publikum sich mit etwas anderem als den Bankprozessen beschäftige. Vielleicht läßt sich hierauf die folgende Drahtnachricht aus Pisa zurückführen:

In der letzten Nacht plachte an der Porta Fiorentina eine Bombe, wodurch eine große Panik hervorgerufen wurde. Zahlreiche Fenster scheiblen wurden zertrümmert, Menschenverluste sind nicht zu bezagen.

**Berichtigung.** Uns geht das folgende Schreiben zu: In Nr. 236 des „Vorwärts“ erschien eine Notiz des Vorstandes der polnischen sozialistischen Partei in Deutschland, die mich zum Verfasser eines Artikels im „Sozialist“, Organ aller Revolutionäre, macht. Diese Behauptung ist eine freie Erfindung, in der auch nicht ein Haar Wahrheit steht. Weder mit den „Unabhängigen“ noch mit ihrer Richtung habe ich irgend etwas gemein und ihr Organ, den „Sozialist“, habe ich nach den ersten Nummern aufgehört zur Hand zu nehmen. Wie habe ich eine Zeile zum „Sozialist“ geschrieben und wenn ich für die deutsche Presse schreiben wollte, so würde ich mich jedenfalls an eine meinen Ueberzeugungen entsprechende, also eine sozialdemokratische Zeitung wenden. Als mich die Unabhängigen nach der Abweisung meines sozialdemokratischen Mandats zu ihrem Kongreß einluden, habe ich ihnen klipp und klar erklärt, daß ich auf dem anarchistischen Kongreß absolut nichts zu thun habe und daß diese ihre in jenem Moment an mich gerichtete Einladung nicht die edelste ihrer Handlungen war.

Ich weise also die Behauptung, als hätte ich etwas zum „Sozialist“ geschrieben, ganz entschieden zurück und will zu Ehren des Vorstandes der polnischen sozialistischen Partei in Deutschland annehmen, daß diese seine so kategorisch ausgesprochene und dabei jedes auch entferntesten Grundes ermangelnde Behauptung einem unerklärlichen Irrthum in gutem Glauben entsprungen ist.

Da ferner die Behauptung mich auch als die Vertreterin auf dem Kongreß und Mitglied der Redaktion der „Strawa Robotnicza“ (Arbeiterzede), offizielles Organ der sozialdemokratischen Partei im Königreich Polen, trifft, so habe ich und Genosse Karsti, Delegirter derselben Partei auf dem Zürcher Kongreß, im Auftrage unserer Redaktion ausdrücklich und ein für alle Mal zu betonen.

1. Wir stehen voll und ganz auf dem Boden der internationalen Sozialdemokratie. Um dies zu konstatieren, genügt es unseren dem Zürcher Kongreß unterbreiteten Bericht oder eine Nummer unserer Zeitung zur Hand zu nehmen. Uebrigens hat der „Vorwärts“ davon in seiner Nummer vom 8. August bereits Notiz genommen.

2. Was unser politisches Programm betrifft, so erachten wir Hand in Hand mit dem russischen Proletariat den Sturz des Zarenthums und die Errichtung einer demokratischen Verfassung als unsere nächste und wichtigste politische Aufgabe und als die dringendste Nothwendigkeit im Interesse des polnischen und des internationalen Proletariats.

Der Verstärkung und Leitung des politischen Kampfes in Rußland-Polen in dieser Richtung haben wir gerade unsere Zeitung hauptsächlich gewidmet.

Angesichts dieser Thatfachen erscheinen alle Versuche, uns mit den „Unabhängigen“ auch in entfernteste Verbindung zu bringen, ebenso die, wie aus der Notiz im „Vorwärts“ ersichtlich, uns zu Theil gewordenen Sympathien der Unabhängigen zum mindesten als ein Kuriosum.

Mit dringender Bitte, obige Zeilen in Ihr geschätztes Organ aufnehmen zu wollen und mit sozialdemokratischem Gruß Zürich, 10. September 1893.

H. Eugenburger, J. Karsti.

### Parteinachrichten.

**Zum Kölner Parteitag.** Als Delegirte des 17. Hannoverischen Wahlkreises wurden die Parteigenossen Heinrich Baerer in Harburg und Rudolf Schulz in Wilhelmshurg gewählt.

In Dresden wurden Stadnauer und Frau Eichhorn zu Delegirten gewählt.

Eine Vertrauensmänner-Konferenz des Wahlkreises Friedberg-Wädlingen wählte den Genossen Ring-Frankfurt a. M. zum Delegirten nach Köln. Von Düsseldorf aus werden G. Albert, Frau A. Kaufmann und Theodor Guth aus Köln delegirt. In einer in Nürnberg am Dienstag abgehaltenen Parteiversammlung wurde Genosse Dertel zum Delegirten gewählt. Mannheim wird durch den Genossen Sed-Offenburg in Köln vertreten sein.

**Am 8. Hefen** wird uns berichtet: Voraussichtlich wird Ende November eine Landeskonferenz der hessischen Sozialdemokratie in Hienburg zusammentreten, um die Organisation und Agitation für das ganze Großherzogthum zu regeln.

**Eine Konferenz** der Parteigenossen des 2. Nassauischen Wahlkreises tagte am Sonntag in Schierstein am Rhein. Von der Beschickung des Kölner Parteitages wurde abgesehen und das Mandat dem Frankfurter Delegirten, Genossen Wihl. Schmidt-Frankfurt, übertragen und derselbe beauftragt.

1. gegen die Streichung der Worte im Parteiprogramm „Religion ist Privatsache“ zu stimmen;

2. auf dem Parteitag dahin zu wirken, daß die Landagitation stärker als bisher betrieben wird und dazu die Mittel zu bewilligen, und

3. auf dem Parteitage in Köln das Verhalten des „Vorwärts“ zur Sprache zu bringen, welcher über die letzte Volksversammlung in Wiesbaden einen Bericht erhielt, denselben aber nicht aufnahm, auch nicht einmal Nachricht nach Wiesbaden gelangen ließ, weshalb die Aufnahme nicht erfolgt ist.

Ueber diese Frage von weitwogender Bedeutung wird unseres Erachtens auf dem Parteitage laum Aufklärung gegeben werden können. Selbst wir sind nicht im stande, den Wiesbadener Genossen mit den gewünschten Gründen aufzuwarten, da wir uns mit dem besten Willen nicht entziehen, in letzter Zeit eine Versammlungsnachricht aus Wiesbaden erhalten zu haben.

In **Reckarhausen** siegte bei der am Montag erfolgten Bürgerauswahl dritter Klasse die sozialdemokratische Liste über die ultramontane. Die Gewählten sind H. Schreckenberg, Joseph Behwieser, Adam Behold und Georg Vennebach.

**Versammlungs-freieit in Elßaß-Lothringen.** Schauplatz: Ringelstein's Versammlungslokal in Wülshausen in Elßaß am 9. Oktober. Der Referent Genosse Eldrach aus Rannheim (im Verlauf seiner Rede): ... Die Frauen müssen ihre Männer anspornen, in die Arbeiterversammlungen zu gehen, in diese sozialdemokratische Andachtsübungen, die — — bei diesem Worte erhob sich der überwachende Kommissar und forderte auf, bei der Tagesordnung zu bleiben, dieselbe laute nicht auf „sozialdemokratische Andachtsübungen“. Referent: Nun, wenn der Herr Kommissar mich zur Tagesordnung ruft, so nehme ich mein

Wort zurück und will sagen: gewerkschaftliche Andachtsübungen. (Stürmisches Bravo. Der Kommissar seht sich wieder.) Ich kann die Arbeiterinnen nur auffordern, fortzufahren auf dem betretenen Wege, die Arbeiterbewegung zu unterstützen — — hierbei erhebt sich der Kommissar aufs neue, bedeckt sich und ruft: „Im Namen des Gesetzes We ich die Versammlung auf und mache die Versammelten aufmerksam, daß sie gehalten sind, auf die erste Aufforderung sich zu trennen.“ Ein donnerndes Hoch auf die internationale Sozialdemokratie, in das die anwesenden Frauen kräftig einstimmten, war die Antwort der Versammlung. Draußen regnete es in Strömen und in dem überfüllten Saale herrschte eine drückende Hitze. Auf mehrfache Zurufe: „Es regnet ja draußen, die Leute können sich eine Krankheit holen.“ antwortete der Vertreter der Hochwohlthlichen kurz angebunden: „Das geht mich nichts an“ — und der Saal mußte geräumt werden.

**Unser herrliches Vereinsrecht.** Die Frage, ob sich die Kommission der Gewerkschaften Dortmunds als Verein konstituieren müsse, ist gestern in der Berufungsinstanz vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts verhandelt worden. Die klagenden Personen der im Mai vorigen Jahres gebildeten Kommissionen hatten es trotz der Aufforderung der Polizeibehörde unterlassen, die Mitgliederkommission (gemäß § 2 des preussischen Vereinsgesetzes) der Behörde anzumelden und ein Statut einzureichen. Daraus waren der Schuhmacher Spielmann, der Zimmermann Jersch und der Schriftfeger Böding als Leiter der Kommission mit Strafmmandaten bedacht worden. Vom Schöffengericht, dessen Entscheidung angerufen wurde, war gegen Spielmann auf 50 M., gegen Böding und Jersch auf je 15 M. Geldstrafe erkannt worden. In der geistigen Verhandlung wurde unter Beweis gestellt, daß der Vorstand der Kommission sofort nach dem Eingreifen der Polizeibehörde aufgelöst wurde und von da an Spielmann allein der Kommission als Vertrauensmann vorgestanden hatte. Die Berufung Spielmanns wurde verworfen, gegen Böding und Jersch wurde auf Freisprechung erkannt. Der Gerichtshof nahm an, daß die Kommission ein Verein sei und daß in den Sitzungen öffentliche Angelegenheiten erörtert worden seien, daher falle die Kommission unter § 2 des Vereinsgesetzes.

**Polizeiliches, Gerichtliches etc.**  
— Wegen Beleidigung eines Gendarmen wurde unser Parteigenosse Kühn aus Langenbielau vom Schöffengericht Reichenbach zu 30 M. Geldstrafe verurtheilt.

— Der Redakteur Schmid von der „Münchener Post“ soll in einem Artikel, der die Ausbeutung der Kellerinnen geißelte, den Restaurateur Dimpl beleidigt haben und wurde deswegen vom Schöffengericht München zu 150 M. Geldstrafe verurtheilt. Wegen dies Urtheil ist Berufung eingelegt.

— Der Redakteur der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung“, Genosse Block, ist am 11. Oktober vom Landgericht Dortmund zu 150 M. Geldstrafe verurtheilt worden, weil er von einem Lehrer behauptet hatte, er habe sich einer Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes schuldig gemacht. Ferner hatte Block sich wegen Beleidigung des Amtsrichters Dr. Wittich in Weimar zu verantworten. Dieser Herr hat bekanntlich in amtlicher Eigenschaft verlobet, „es sei zweifellos, daß der Besuch sozialdemokratischer Versammlungen für solche unreife Vurfsen höchst verderblich wirken muß, da ihnen durch die aufwüthenden Reden der Agitatoren Religion, Moral, Achtung vor der Obrigkeit und vor ihren Lehrherren geistlich durch Lug und Trug aus dem Herzen gerissen wird, damit sie so zu dem zuchtlosen, frechen, sittenlosen Geindel heranwachsen, dessen die Führer der Sozialdemokratie zur Verwirklichung ihrer revolutionären Ideen bedürfen.“ Diese Aeußerungen hatte auch Genosse Block nach Gebühr geegelt und sich deswegen eine Anklage zugezogen. Der Gerichtshof sprach den Angeklagten jedoch frei, da die geübte Kritik, obwohl sie sehr scharf sei, die Grenze des Erlaubten nicht überschreite. Block, der bekanntlich wegen angeblicher Caprivibeleidigung vor einigen Wochen in Kassehen erregender Weise verhaftet wurde, war um Entlassung aus der Haft eingekommen. Dieser Antrag ist jedoch abgelehnt worden.

### Soziale Uebersicht.

**Arbeiter-Bildungsschule S.O.,** Reichenbergerstraße 133. Der Unterricht in Gesegesunde beginnt heute Abend 8<sup>1/2</sup> Uhr. Zunächst wird die Gewerbenovelle behandelt, worauf alle Gewerbeberichtig-Beisiger und Gewerkschaftsvorstände besonders aufmerksam gemacht werden.

**An die Studenten, Oypier und Berufsgenossen Deutschlands.** Kollegen! Unser Beruf zwingt uns unter recht unglünstigen Verhältnissen den Kampf ums Dasein zu führen. — Der Ort unserer Thätigkeit ist meist so beschaffen, daß in kurzer Zeit unsere Gesundheit ruiniert ist. Entweder in offenen, fensterlosen, kalten, feuchten, vom Rauchsduft geschwängerten, vor Wind und Wetter nicht geschützten Räumen oder in Werkstätten meist Kelleräume in dicktaugiger, dumper, stickiger Luft bei ungenügender oder gar keiner Ventilation, muß unser schweres Tageswerk ausgeübt werden. Aber auch unter dem Drucke der Schmutzkonkurrenz und der wirtschaftlichen Krisen, mit ihren Folgen der großen Arbeitslosigkeit, haben wir zu leiden. Die mangelhafte Rücksicht auf gut und sicher gebauten Rüstungen setzt stündlich unser Leben aufs Spiel. Und gegenüber all diesen Uebeln, die jeden von Euch bekannt sein sollten, die jeder weiß, bekommen wir einen gerade erbärmlichen Lohn. Kollegen! Wir rufen Euch dies alles ins Gedächtnis, laßt Euch aufreißeln aus Eurer Geistesträgheit! Schließt Euch der Organisation an, die die Kraft besitzt die Mängel zu beseitigen, sie schafft bessere Lohn und Arbeitsverhältnisse und nimmt den Kampf auf gegen die Bevormundung und Anrechnung der Arbeiter.

Ferner richten wir an die Vertrauensleute unserer Organisation das Ersuchen, recht rege für den Unterstützungsfonds und für unsere Fachpresse, den „Baubandwerker“, zu agitieren. Die Gelder sind an Kollegen Kurz, Hauptkassirer, in Gannstatt bei Stuttgart zu schicken, die Karten und sonstiges Agitationsmaterial vom Kollege Fritz Grünberg, Weisenfeld (Berlin), Viktorstr. 143, zu beziehen. Alle gewerkschaftlichen Vorkommnisse bitten wir uns zu übersenden.

Die Agitations-Kommission.  
J. A.: L. Kleinert, Berlin W., Willowstr. 40.

Zu dem obengenannten Zweck findet Sonntag, den 15. Oktober, Vormittags 10 Uhr, in Berlin, Alte Jakobstraße, eine öffentliche Versammlung statt. Das Erscheinen aller Kollegen Veritas ist Ehrensache.

Die Vertrauensleute.

**Zur Illustration unserer total verkehrten wirthschaftlichen Verhältnisse** diene folgende Korrespondenz aus Oberhessen, welche die Zeitungen durchläuft:

Der ungeheure Obstreichthum in unserer Gegend ist leider zum Theil bestimnt, elend zu verderben. Nachdem die erwarteten großen Einkäufe süddeutscher Obstwein-Fabrikanten ausgeblieben sind, sind unsere Bauern mit ihrem meist noch recht primitiven Kelter- und Dörrvorrichtungen der Ausarbeitung der Obstmassen nicht gewachsen, und so bleibt das Fallobst in den Gräben unbenutzt liegen. In einzelnen Orten beginnt man bereits das Vieh damit zu füttern.

Wächst nichts, leidet der Bauer noth, und wächst viel, kann er es nicht verwerten. So will es unsere göttliche Weltordnung.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

Freitag, den 13. Oktober.  
**Opernhaus.** Geringe. Para. Die erste Walpurgisnacht.  
**Schauspielhaus.** Vom landwirtschaftlichen Ball. Eingeschlossen. Militärform.  
**Deutsches Theater.** Der Talisman.  
**Berliner Theater.** Nora.  
**Festung-Theater.** Mauerblümchen.  
**Wallner-Theater.** Jägerblut.  
**Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.** Der Vogelhändler.  
**Residenz-Theater.** System Ribadier.  
**Neues Theater.** Jugend.  
**Adolph Ernst-Theater.** Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.  
**Central-Theater.** Berliner Vollblut.  
**Viktoria-Theater.** Frau Venus.  
**Alexanderplatz - Theater.** Das Damenbad. Vorher: Die Balletschule.  
**National - Theater.** Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago. Vorher: Die guten Flinten.  
**Gebrüder Richter-Theater.** Lustige Frieseder.  
**Wintergarten.** Spezialitäten - Vorstellung.  
**Reichshallen-Theater.** Spezialitäten - Vorstellung.  
**Apollo - Theater.** Spezialitäten - Vorstellung.  
**Kaufmann's Variété.** Spezialitäten - Vorstellung.

### Neue freie Volksbühne. Die Weber.

Von Gerhart Hauptmann.  
 I. Abth. Sonntag, 15. Oktober.  
 II. Abth. Sonntag, 22. Oktober.  
 III. Abth. Sonntag, 29. Oktober.  
 Näheres heute an den Säulen. [410/14]

### National-Theater.

Große Frankfurterstraße 192.  
**Doppelvorstellung zu eins. Preisen.**  
 Sensationelle Novität!  
**Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago.**  
 Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Eugen Brudens. Kouplets v. Linderer. Musik von Adolph Wiedede. Regie: Max Samt.  
 Vorher:  
**Die guten Flinten oder: Hirsch in der Fasanade.**  
 Posse in 1 Akt von H. J. Anders. Musik von verschiedenen Komponisten. Regie: Hugo Dummel.  
 Kassenöffn. 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Morgen: Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago. Vorher: Die guten Flinten.  
 Sonntag, den 15. Oktober, Mittags 12 Uhr: Volksvorstellung - Matinee zu bedeutend ermäßigten Preisen:  
**Das Käthchen von Heilbrunn.**

### Wallner-Theater.

Drittliches Gasspiel der **Schliersee'r Bauern.**  
**Jägerblut.**  
 Zangerl, Vorbader (Hauptrolle): Xaver Terofal.  
 Sonnabend, Sonntag: Jägerblut.

### Adolph Ernst - Theater. Charley's Tante.

Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas.  
 Vorher:  
**Die Bajazzi.**

### Die Bajazzi.

Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt v. Ed. Jacobson und Benno Jacobson. In Szene gesetzt von Adolph Ernst.  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

### Central - Theater. Berliner Vollblut.

Alte Jakobstraße 80.  
**Berliner Vollblut.**  
 Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten. Im 3. Akt: **Bajazzi-Parodie.**  
 Morgen: Berliner Vollblut.

### Kaufmann's Variété

Stadtbahn-Station Alexanderplatz.  
**Täglich: Gross. Concert.**  
**Spezialitäten-Vorstellung** von nur Künstlern 1. Ranges.  
 Dina's Truppe, Akrobaten (6 Personen), Familie Krausel, russisches Orchester (6 Personen), Geschw. Silviar, Gesang-Tanz-Terzett, Paul Krugeler, Gesang-Humorist, Ballet Excelsior, 8 Damen, Solotänzerin M. Kanschmann.  
**Kassenöffnung:** Sonntag 5 Uhr, Anfang 6 Uhr; Wochentags 7 Uhr, Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
 A. Zimmermann.

## Castan's Panopticum.

**Weltberühmte Ausstellung** von Wachfiguren und Gruppen. **Musikanten. Irrgarten. Schreckenskammer.**



**Passage-Panopticum.**  
 Soeben aus Chicago eingetroffen:  
**Der blaue Mann. Die Affendame.**  
 11-1 Uhr. 4-9 Uhr.

### Präuser's MUSEUM

anatomisches Friedrichstraße 65a, Ecke Mohrenstraße.  
**Viel Neues, fünf Körper** darunter der Schusskanal der Augen des deutschen Militärs, gehend durch geöffnet von früh 9-10 Uhr Abends für erwachsene Herren.  
**Dienstag u. Freitag: Damentag.**  
 Entree 50 Pfg.

### American-Theater.

Novität für Berlin! Novität für Berlin!  
**Les deux Crenlets.** Unübertr. Verwandlungs-Instrumentalisten.  
**Hugo Schulz** als Trompeter von „Zitserwitz“, hochkomisches Intermezzo.  
 „Der kleinste Hasaren-Lieutenant“. Neuester Original-Vortrag von Josephine Delelison.  
 Eugen Zocher, Sächsl. Orig.-Humorist.  
 Alfred Bender mit neuen Couplets eigener Dichtung.  
**Grosser Erfolg!**

### Berliner in Chicago.

Elfriede Eckmuat, hochint. Konzertsänger.  
 Anf. Abtg. 7 1/2 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

### Victoria-Brauerei.

Löhnowstraße 111-112.  
**Jeden Freitag und Montag: Stettiner Sänger.**  
 Anfang 8 Uhr.  
 Entree 50 Pfg.



Im Vorverkauf 40 Pf. (Siehe Plakate.)  
**Neumann-Bliemchen und Fritz Steidl.**  
 Sonntag, den 15. Oktober: Soiree in Sanssouci.

### Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 (Sttp-Bass).  
**Freitag, den 13. Oktober: Benefiz für Geschw. Gottlieb.**  
 Neu! **Kneipp II.** Neu!  
 Posse mit Gesang und Tanz.  
 Entree 30 Pf.  
 R. Winkler.

### Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.  
 Täglich von 5 Uhr ab:  
**Grosses Frei-Concert.**  
 Soireen der Leipziger Sänger vom **Kryskall-Palast.**  
 Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 15 Pf., reserviert 30 Pf. Anf. Sonntag 6 Uhr. Entree 30 Pf., reserviert 50 Pf.  
**Anerkannt gute Küche.**  
**Säle** für Festlichkeiten u. Versammlungen. 3 Regelbahnen, 6 Bill., pr. Sid. 60 Pf. Programm unentgeltlich. Carl Koch.

### Etablissement Moritz-Platz. Bughenhagen.

Täglich: Gr. Instrumental-Konzert.  
**Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.**  
 Spezial-Ausgang von **Vahrenhoffer Jägerbier**, hell und dunkel.  
 An den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf., Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., inkl. **Säle** für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

### Kranken- u Sterbekasse der Berliner Hausdiener

(E. S. 61) [25005]  
 Am 11. d. M. verstarb unser Mitglied **Gustav Kasch**, Vorfigt. 19, an der Lungenschwindsucht.  
 Die Beerdigung findet Sonnabend, den 14. d. M., Nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofs, Prinzen-Allee (Gesundbrunnen), aus, statt.  
**Der Vorstand.**

### Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern des **Sozialdemokratisch. Wahlvereins f. d. 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis** zur Nachricht, das unser Mitglied, der Bergolder **Hermann Gottwald**, Bergmannstr. 13, verstorben ist.  
 Die Beerdigung findet Sonntag, den 15. d. M., Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Kreuz-Kirchhofs in Mariendorf aus statt. 874/17  
 Um recht rege Beteiligung bittet **Der Vorstand.**

### Achtung, Putzer!

Allen Freunden und Verwandten zur Nachricht, das mein lieber Mann **Wilhelm Malitzky**, der in seinem Beruf verunglückt ist, am Freitag, den 13. d. M., Nachm. 3 Uhr, vom Leichenschauhaus, Hannoversche Straße 19, aus nach dem Emmaus-Kirchhof in Britz beerdigt wird. 25036  
 Um zahlreiche Beteiligung bittet Die tiefbetrübte Witwe **Ottilie Malitzky** und Kinder.

### Orts-Krankenkasse für das Goldschmiede-Gewerbe.

Große öffentliche Versammlung sämtlicher Arbeitgeber, welche aus eigenen Mitteln Beiträge zur Kasse leisten, sowie sämtlicher großjährigen Mitglieder der Ortskrankenkasse für das Goldschmiede-Gewerbe am Sonntag, den 15. Okt. 1893, Vormittags 9 1/2 Uhr, im Restaurant „Dresdener Garten“, Dresdenerstr. 45.  
 Tages-Ordnung:  
 Aufstellung der Delegiertenliste und Verschiedenes.  
 NB. Am Sonnabend, den 28. Okt., Abends 8 Uhr, findet in demselben Lokal die **ordentliche Generalversammlung** sämtlicher Arbeitgeber, die aus eigenen Mitteln Beiträge zur Kasse leisten, und um 8 1/2 Uhr sämtlicher großjähr. Kassenmitglieder der Orts-Krankenkasse für das Goldschmiede-Gewerbe statt - § 53 b. St.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Wahl von 45 Delegierten der Arbeitgeber.  
 2. Wahl von 90 Delegierten der Kassenmitglieder.  
 3. Verschiedenes. 25026  
**Der Vorstand.**  
 J. A.: gez. E. Davidshäuser, Vorf.

### Allgemeiner Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnenverein Berlins und Umgegend.

Freitag, den 13. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, im „Vereinshaus Südost“:  
**General-Versammlung.**  
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen A. Hoffmann aus Zeitz. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Sommerfest, von den Gewerbegerichts-Wahlen sowie Kassenbericht des 3. Quartals. 4. Vereinsfachen. 161/3  
 Wir ersuchen die Mitglieder vörsätzlich zu erscheinen. Auch die Kollegen der Sammlbranche sind hiermit eingeladen.  
**Der Vorstand.**

### Bekanntmachung.

Ortskrankenkasse des Gewerbes der **Schneider** zu Berlin.  
 Durch Erlass des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg vom 29. April cr. - O. P. Nr. 5945 - sind die durchschnittlichen Tageslöhne 1. für weibliche Mitglieder über 16 Jahren auf 1,50 M., 2. für weibliche Mitglieder unter 16 Jahren auf 1,00 M. festgesetzt. 201/7  
 Berlin, im Oktober 1893.  
**Der Vorstand.**  
 C. Müller, Vorsitzender.

### Verband deutscher Bauarbeiter.

Zahlstelle Berlin.  
**Sonntag, den 15. Oktober, Vormittags 11 Uhr, bei Saeger, Grüner Weg Nr. 23: Mitglieder-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Wie denken die Kollegen über den Beschluß der letzten öffentlichen Versammlung. 2. Diskussion. 3. Einziehung der Verbandstagssteuer.  
 Die Kollegen, die für Zentral gewählt haben, werden ersucht, sämtlich zu erscheinen.  
 404/13 **Die Ortsverwaltung.**

### Kommunalwähler der 36., 37. u. 41. Kommunal-Wahlbezirke.

Sonntag, den 15. Oktober, Vormittags 10 1/2 Uhr:  
 Zwei große öffentliche **Kommunalwähler-Versammlungen.**  
 1. Für die Kommunal-Wahlbezirke 36 und 37 im **Swinemünder Gesellschaftshaus**, Swinemünderstr. 35.  
 2. Für den 41. Kommunal-Wahlbezirk im **Weddingpark**, Müllerstraße 178.

### Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung der Stadtv. **Gradt** und **Borgmann** für die Bezirke 36 und 37. **E. Vogtherr** für den 41. Bezirk. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Kandidaten. 4. Verschiedenes.  
 Die Wählerlisten liegen in beiden Versammlungen aus. Die **Vertrauenspersonen.**

### Achtung! Moabit. Achtung! Gr. Volksversammlung

Montag, den 16. Oktober, Abds. 8 Uhr, in **Ahrens' Brauerei**, Thurmstraße 26-27.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Ziele der Sozialdemokratie. Referent Reichstags-Abgeordneter **Paul Singer**. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 853/18 **Der Vertrauensmann: Joh. Pfarr.**

### Wahlkreis Potsdam-Orthavelland. Sozialdem. Volksversammlung

am Sonntag, den 15. Oktober, Vormittags 11 Uhr, im Saale der **Spandauer Berg-Brauerei** bei Westend.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Der Kölner Parteitag und Stellungnahme zu den zur Verhandlung kommenden Fragen. 2. Wahl eines Delegierten.  
 Um recht zahlreichen Besuch bittet **Der Einberufer.**

### Charlottenburg.

Am Sonntag, den 15. Oktober 1893, Vormittags 10 Uhr, in der „**Gambrius-Brauerei**“, Wallstraße Nr. 46:  
**Große öffentliche Kommunalwähler-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Referent Reichstags-Abgeordneter **Paul Singer**. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Kandidaten. 4. Verschiedenes. - Recht rege Beteiligung steht entgegen. 422/17  
 Das Kommunalwahl-Komitee. J. A.: **Otto Goerke.**

### Achtung, Zimmerer!

Große öffentliche Versammlung der **Zimmerer Berlins u. Umg.**  
 am Sonntag, den 15. Oktober, Vorm. 10 Uhr, in der „**Berliner Ressource**“, Kommandantenstraße Nr. 57.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Abrechnung der Wiener Sammelisten. 2. Abrechnung der letzten beiden Quartale vom Generalfonds. 3. Wahl eines Vertrauensmannes. 4. Gewerkschaftliches. - Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersuchen **Die Vertrauensmänner.**

### Berein sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- und Kravattenbranche Berlins.

Sonntag, den 14. Oktober, Abends 8 Uhr, in **Feind's Restaurant**, Weinstraße 11:  
**Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Herrn Dr. Pina über: „Aus alter und neuer Zeit.“ 2. Diskussion. Nach der Versammlung: 834/13  
**Gemüthliches Beisammensein mit Tanz und komischen Vorträgen.**  
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet und ersucht um recht rege Beteiligung  
**Der Vorstand.**  
 Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste sind willkommen.

### Mitglieder-Versammlung der Freien Vereinig. der Bauarbeiter Berlins

Sonntag, den 15. Oktober, Vorm. 10 1/2 Uhr, in „**Scheffer's Salon**“, Zinselstraße Nr. 10.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Wahl der Zahlstelleninhaber. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. 129/9  
**Neue Mitglieder werden aufgenommen.**  
**Der Vorstand.**

### Große öffentliche Riffenmacher-Versammlung

am Sonntag, den 15. Oktober, Vormittags pünktlich 10 Uhr, im Lokale des Herrn **Boltz**, Alte Jakobstr. 75.  
 Tages-Ordnung: 1. Abrechnung des Vertrauensmannes. 2. Vortrag des Genossen **Schneider Timm** über: Die Bedeutung und die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation und die Stellung der Gewerkschaften zum Parteitag. 3. Diskussion. 4. Bericht der Gewerbegerichts-Beisitzer und Verschiedenes. - Um zahlreichen Besuch bittet 437/4  
**Der Vertrauensmann: E. Tschornig**, Färbenstr. 17.

### Achtung, Maurer Berlins! General-Versammlung

des Vereins zur Wahrung der Interessen der **Maurer Berlins und Umgegend**  
 am Sonntag, den 15. Oktober, Vormittags 10 Uhr, im Saale des Herrn **Brochnow**, Sebastianstraße Nr. 39.  
 Tages-Ordnung: 1. Abrechnung des Kassiers vom 3. Quartal. 2. Abrechnung vom 11. Stiftungsfest. 3. Wahl des Vorstandes. 4. Ergänzungswahl des Ausschusses und der Revisoren. 5. Vereinsangelegenheiten und Fragekasten. - Mitgliedsbuch legitimirt. Zahlreiches Erscheinen erwartet 881/14  
**Der Vorstand.**

### Achtung! Maurer (Süd-Ost)!

Am Sonntag, den 15. Oktober, Vormittags 10 Uhr, findet in dem Lokale des Herrn **Kwald**, Mantuffelstraße 46, eine **wichtige Besprechung** statt, zu welcher die Kollegen dringend eingeladen werden. 243/17  
 J. A.: **E. Mischke**, Sorauerstr. 4.

## Anträge zum Parteitag in Köln.

(Schluß.)

### Presse.

#### Sozialblätter.

Parteiengenossen in Köln: Bei Neugründungen von Sozialblättern hat das Provinzial-Agitationskomitee in erster Linie sein Gutachten abzugeben, welches wesentlich durch Beschluß des Provinzial-Parteitags beeinflusst werden soll. Werden trotzdem Neugründungen veranlaßt im Gegensatz zu den Ansichten des Provinzial-Agitationskomitees, so hat der Parteivorstand die Verpflichtung, etwa später notwendig werdende Unterstützung aus der Parteikasse zu verweigern.

#### Kontrolle.

Parteiengenosse Friedrich Hoffmann-Berlin: Der gesamtdeutschen Arbeiterpresse (der Politischen wie der Gewerkschaftlichen) sollen Ueberwachungskommissionen, bestehend aus Mitgliedern der Wahlvereinsvorstände und der Gewerkschaftskommissionen, vorgeeignet werden.

#### Inzerate.

Parteiengenossen des Wahlkreises Bitterfeld-Dehlißsch-Inzerate, die geeignet sind durch falsche Vorpiegelungen die Leser finanziell zu schädigen oder die Interessen der Partei zu widerlaufen, sind aus den Parteiblättern wie aus den auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaftsblättern fernzuhalten.

Parteiengenossen in Düsseldorf: Der Parteivorstand wird beauftragt, allen Verfertiger von Gebrauchsgegenständen das Ab- und Aufdrucken von Bildnissen bekannter Parteipersonlichkeiten auf ihre Waaren strengstens zu untersagen. Sollte der Parteivorstand nicht die Macht besitzen, einen Einfluß auf die Förderer des widerlichen Personenkultus auszuüben, so soll er angehalten sein, in allen Parteiblättern eine hierauf Bezug habende Erklärung zu veröffentlichen und die Verwalter der Parteiblätter anzuweisen, alle Annoncen, welche Gegenstände erwähneter Art anpreisen, kurzweg abzuweisen.

#### Broschüren und Protokolle.

Parteiengenossen in Höchst a. M.: In Berücksichtigung der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse den Preis für das nächste Parteitagprotokoll auf 30 Pf. festsetzen zu wollen.

Parteiengenossen des XI. sächsischen Reichstags-Wahlkreises: Die Protokolle der früheren Parteitage und Kongresse der sozialdemokratischen Partei sollen, soweit sie vergriffen sind, in Neuaufgaben gedruckt und zu möglichst billigen Preisen abgegeben werden.

Deutsche Parteiengenossen in Basel: Broschüren, Bücher und sonstige literarische Erzeugnisse, welche im Parteiverlage oder bei parteigenösslichen Verlegern erscheinen, billiger als bisher herzustellen.

Parteiengenossen in Neumünster i. S.: Die stenographischen Berichte über die Debatten betr. den Militäretat in Separatbänden herzustellen zu lassen und diese zum Selbstkostenpreis an die Parteigenossen zur Agitation zu verabreichen.

#### Allgemeines.

Parteiengenosse Nestler-Magdeburg: In der Parteipresse die Fremdwörter, wo es angeht, zu vermeiden eventuell die deutsche Uebersetzung in Klammern beizufügen.

Parteiengenosse S. Eggers-Altona: Eine Maximalgrenze für die Höhe der Gehälter der Partei-Journalisten festzusetzen und den Delegierten des Parteitages zu untersagen, Berichte über den Parteitag für Zeitungen zu schreiben.

Die Parteiengenossen des 19. Sächsischen Wahlkreises: Es möge in Zukunft die Parteipresse in ihrem Heftleton nicht mehr, wie bisher, mit Kriminal- und Liebesromanen den Lesern zu unterhalten suchen, sondern sich mehr damit befassen, durch Biographien berühmter edler Menschen, welche sich um die Wohlfahrt des Volkes verdient gemacht haben, auf den Charakter des Volkes einzuwirken und die Gefühle für alles Gute und Erhabene zu wecken und zu pflegen.

## Agitation.

Parteiengenossen in Höchst a. M.: Bei der in Aussicht stehenden Agitation auch die Wahlkreise Weilburg-Dieh-Limbürg und Dillenburg-Herborn in festen Angriff zu nehmen, da dort die Arbeiter der Berg- und Hüttenindustrie zahlreich vertreten sind.

Parteiengenossen in Zriberg: Von Zeit zu Zeit Agitationstouren durch den habschen Schwarzwald zu unternehmen, und die Kosten dafür der Parteikasse zu übertragen.

Parteiengenosse in Köln: Seitens des Parteivorstandes ist alle viertel Jahre eine Liste sämtlicher Vertrauenspersonen resp. deren Adressen als Beilage zum „Vorwärts“ herauszugeben.

Parteiengenosse Edwerth in Rostock: Der Parteitag möge die Agitationskommission von Lübeck und den beiden Mecklenburg auffordern, einmal Bericht zu erstatten, was sie zur Verbreitung unserer Ideen und zur Aufklärung der Arbeiter seit ihrem Bestehen gethan hat.

Parteiengenossen des 1. Berliner Reichstags-Wahlkreises: Die politisch wie gewerkschaftlich organisierte Genossen müssen sich voll und ganz der Agitation zur Verfügung stellen und sollen nicht durch Zugehörigkeit zu Landsmannschaften oder Mitgliedschaften sogenannter Vergnügungsvereine, Klubs u. ihre Parteipflicht vernachlässigen.

#### Taktik.

Parteiengenossen des Wahlkreises Nieder-Barnim und Breslau (Ost und West): Bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien haben sich die Genossen streng der Stimme zu enthalten, bei Reichstags- und Gemeinderaths-Wahlen keinerlei Kompromiß mit bürgerlichen Parteien einzugehen.

Parteiengenossen in Basel: Es ist dafür zu sorgen, daß keine Kompromisse mit anderen Parteien — ob direkt oder indirekt geschlossen werden. Ebenso ist jede Unterstützung gegnerischer Kandidaten bei Stichwahlen zu verwerfen.

#### Maisfeier.

Parteiengenossen in Hannover: Es soll an dem bezüglichen Beschluß des Berliner Parteitags festgehalten und ein dementsprechender Beschluß gefaßt werden.

\*) Der Antrag auf Herausgabe eines wöchentlich einmal erscheinenden Zentralorgans ist auch von den Genossen des ersten Berliner Reichstags-Wahlkreises gestellt.

Parteiengenossen des 1. Berliner Wahlkreises: Sich an den Boden der Züricher Beschlüsse zu stellen. Den einzelnen Organisationen, welche für die Arbeitsruhe am 1. Mai eintreten wollen, es zur Pflicht zu machen, sich finanziell zu rüsten, damit sie den Maßregeln der Unternehmer gegenüber gewappnet sind.

Parteiengenossen in Krefeld: Die englische Resolution, wie sie auf dem internationalen Kongress in Zürich angenommen, ist als Norm für das Verhalten der deutschen sozialdemokratischen Arbeiter zu nehmen.

Parteiengenossen in Lübeck: Am 1. Mai überall durch abhalten von Versammlungen, Festlichkeiten und Vertrieb geeigneter Schriften zu demonstrieren und es den einzelnen Orten, je nach Sachlage, zu überlassen, Aufzüge u. s. w. auf den 1. Sonntag im Mai zu verlegen.

Parteiengenossen in Bremerhaven: Die Maisfeier auf den 1. Sonntag im Mai zu verlegen.

Parteiengenossen des 5. Berliner Wahlkreises und des Kreises Teltow-Beeskow: Die Maidemonstration nur am 1. Mai und, wo es irgend möglich ist und die örtliche Parteileitung es mit den Interessen der Arbeiter vereinbar hält, durch Arbeitsruhe zu feiern.

Parteiengenossen des 4. Berliner Wahlkreises: Ueberall da, wo die Volksversammlungen eine allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai für möglich und wünschenswert halten, Arbeitsruhe eintreten zu lassen.

Parteiengenossen des 1. Berliner Wahlkreises: Sämtliche Parteigeschäfte sind am 1. Mai zu schließen und Parteizeitungen werden an diesem Tage nicht fertig gestellt.

Parteiengenosse H. Halster-Berlin: Ein Demonstrationsabzeichen, welches am 1. Mai zu tragen ist, für die ganze Partei einzuführen.

#### Stellung zur Gewerkschaftsbewegung.

Parteiengenossen des Nieder-Barnimer Kreises und von Frankfurt a. M.: Pflicht eines jeden Parteigenossen ist es, der Gewerkschaft seines Berufs anzugehören.

Parteiengenosse in Marburg und Genosse Edwerth-Rostock: Es wird erwartet, daß jeder Parteigenosse auch seiner Berufsorganisation angehört, so weit nicht zwingende Gründe ihn veranlassen, derselben fernzubleiben.

Die Agitationskommission für Schlesien und Posen: Die Gewerkschaftsbewegung nach Kräften zu fördern und die Arbeiter in ihren Berufen zu organisieren, damit dieselben politisch vorgebildet werden.

#### Allgemeines.

Parteiengenossen des ersten Berliner Wahlkreises: Es dürfen in Zukunft Parteigelder nicht mehr für Streiks u., sondern nur zu Parteizwecken verwendet werden.

## Parlamentarisches.

Parteiengenossen im vierten Berliner Wahlkreis und Genosse M. Horn in Altona: Die Reichstags-Fraktion solle im Reichstag die Reichsregierung auffordern, eine Arbeitslosenstatistik aufnehmen zu lassen.

Parteiengenosse Horn in Altona: Die Reichstags-Fraktion solle darauf hinwirken, daß 1. eine vom Staate organisierte Versicherung gegen Arbeitslosigkeit eingeführt werde, 2. Woll der Parteitag der Verstaatlichung der für die Ernährung des Volkes hauptsächlich in Betracht kommenden Bodenerzeugnisse, insbesondere des Getreides, sowie des Handels mit diesen, seine Zustimmung geben, 3. Woll der Parteitag auf Organisierung des Arbeitsnachweises, sei es durch den Staat oder durch die Gemeinden, hinwirken, resp. hierzu Stellung nehmen.

Parteiengenossen in Halle a. S.: Die Reichstags-Fraktion soll seitens des Parteitags beauftragt werden, im Reichstag einen Antrag auf Befreiung des Impfwanges zu stellen. Die Fraktion ist weiter zu beauftragen, in Anbetracht der wachsenden Arbeitslosigkeit im Reichstage einen Antrag einzubringen auf obligatorische Einführung des achtstündigen Arbeitstages.

Parteiengenossen in Frankfurt a. M.: Unsere Reichstags-Fraktion zu beauftragen, für eine einheitliche Regelung der Gewerbe-Inspektoren mittels eines Reichsgesetzes zu wirken.

Parteiengenossen in Lübeck: Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion soll im Reichstag den Antrag stellen, daß der Mandatsprüfungs-Kommission Gelegenheit gegeben wird, schneller arbeiten zu können wie bisher.

Parteiengenossen des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Charlottenburg: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages soll baldmöglichst einen Antrag auf Befreiung der jetzt bestehenden Vereins- und Versammlungsgesetze einbringen.

Parteiengenossen in Düsseldorf und Frau Kohrlack-Berlin: Die sozialdemokratische Fraktion soll im Deutschen Reichstage einen Gesetzentwurf einbringen, welcher die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren verlangt. Es darf dadurch keinesfalls die Zahl der bereits angestellten männlichen Fabrikinspektoren vermindert werden. Es soll in dem Entwurf vielmehr gleichzeitig eine erhebliche, den Anforderungen der industriellen Entwicklung, und der besseren Beaufsichtigung der Fabriken entsprechende Vermehrung dieser Beamten vorgeesehen werden. Die Anstellung der männlichen sowohl als der weiblichen Fabrikinspektoren soll durch geheime, gleiche und direkte Wahl der Arbeiter, Arbeiterinnen und Arbeitgeber erfolgen. Die Besoldung hat, obwohl der Modus der Anstellung ein anderer ist, durch den Staat zu erfolgen. Die Thätigkeit dieser Beamten hat sich nicht nur auf die Kontrolle der Fabriken in bezug auf die Ausführung aller Arbeiterschutzgesetz Bestimmungen, sondern auch auf die durch die Revision sich ergebenden notwendigen Erweiterungen derselben, zum besseren Schutz der Arbeiter als bisher, zu erstrecken. Auch ist den Beamten die Exekutivgewalt zu verleihen.

Parteiengenossen in Leipzig: Bei der nächsten Reichstags-Wahl sind Doppelfandidaturen gänzlich zu vermeiden.

Parteiengenosse Edwerth in Rostock: Bei Ausfertigung von Kandidaturen zum Reichstage sind die Wahlkreise anzufordern, nur solche Personen zu nehmen, welche auch wirklich Sozialdemokraten sind, d. h. sich auf dem politischen Gebiete ebenso bewähren wie in der wirtschaftlichen Bewegung.

## Resolutionen.

Parteiengenossen in Brüssel: Die Taktik welche in letzter Zeit in der deutschen Sozialdemokratie üblich ist, wird von uns als unrichtig angesehen, indem man allen rechtsstehenden Elementen den weitesten Spielraum läßt, dagegen alle radikalere Genossen rücksichtslos terrorisiert, wie die Vorgänge in Zürich beweisen. Wir sprechen unser Mißfallen über den von deutscher

Seite in Zürich in Szene gesetzten Ausschluß der anarchistischen und unabhängigen Delegierten aus.

Parteiengenossen in Düsseldorf: In Erwägung, daß unsere Partei ihre Hauptaufgabe niemals in der parlamentarischen Betheiligung suchen kann, und suchen darf, sondern das Schwergewicht ihrer disponiblen Kräfte der unmittelbaren Propaganda zuzuwenden hat, sollen von jetzt ab — außer bei ganz wichtigen Abstimmungen — nur ein Bruchteil unserer Abgeordneten d. h. nicht viel mehr, als nötig sind, um eine Fraktion darzustellen, an den Reichstags-Sitzungen teilnehmen. Alle übrigen Abgeordneten aber, die sich mit ihren Fraktionsgenossen im Parlament jährlich (vielleicht nach alphabetischer Reihenfolge) abzulösen haben, sollen zur Zeit, wo sie den Reichstags-Sitzungen nicht beiwohnen, in den verschiedenen Provinzen des Reichs große Volksversammlungen abhalten, in welchen sie vornehmlich die den Reichstag beschäftigende Materie zum Gegenstand ihrer Beleuchtung und Kritik zu machen.

Parteiengenossen des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Charlottenburg: Die Parteiengenossen allerorts werden aufgefordert, sich in Versammlungen, Vereinen und Privatkreisen, unter möglicher Einschränkung der zu gefelligen Zwecken dienenden Vereine, die eingehende Erörterung aller das Gemeinwohl berührenden Fragen anzuwenden zu lassen, da sie ein wirksames Mittel ist zur gesunden Fortentwicklung des Parteilebens sowie zur Heranbildung frischer Kräfte für die Propaganda unserer Ideen.

Parteiengenosse Fischöder in Nixdorf: In Anbetracht, daß das Vereins- und Versammlungsrecht in den verschiedenen Ländern Preußen-Deutschlands grundverschieden ist und von den Behörden wiederum verschiedenartig ausgelegt wird, so daß den Genossen und Genossinnen, welche Letztere so gut wie ganz vom öffentlichen politischen Leben, ausgeschlossen sind, nach dem einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen fast zur Unmöglichkeit gemacht wird sich zu organisieren, um so auf diese Weise ihr Wissen zu bereichern, um dadurch dem wirtschaftlichen und politischen Klassenkampf gestützt zu sein, beschließen die auf dem zu Köln tagenden Parteitag versammelten Genossen und Genossinnen, dem Agitationsplan einen Satz hinzuzufügen, wonach es den Genossen aller Orts zur Pflicht gemacht wird, mehr denn je im Kreise ihrer Familien aufklärend zu wirken, damit mit Hilfe der so geschulten nachkommenden Generation beiderlei Geschlechts natürlich, die Sache des Proletariats der ganzen Welt verwirklicht werde.

Parteiengenossen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises: In Erwägung, daß die Parteitage schon wiederholt die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation ausgesprochen haben; in fernerer Erwägung, daß zum vollen Verständnis der modernen proletarischen Bewegung die Erkenntnis der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation gehört, empfiehlt der Parteitag den Genossen allerorts möglichst nur solchen Personen Vertrauensposten in der Partei zu übertragen, welche zu dieser Erkenntnis gelangt sind und ihrer bezüglichen Berufsorganisation angehören.

Parteiengenossen des Wahlkreises Nieder-Barnim: In Erwägung, daß der Kampf auf wirtschaftlichem Gebiet neben dem politischen unentbehrlich ist und in der weiteren Erwägung, daß in letzter Zeit der sozialdemokratischen Partei der Vorwurf gemacht wurde, die Führer der Partei vernachlässigten die Gewerkschaftsbewegung, macht es der in Köln tagende Parteitag jedem Parteigenossen zur Pflicht ebenso entschieden für die Gewerkschaftsbewegung wie für die politische Bewegung einzutreten, weist jedoch den Vorwurf, daß die politische Partei die Gewerkschaftsbewegung vernachlässige, ganz entschieden zurück, indem man die Partei als solche nicht für die Ansichten einzelner Parteigenossen verantwortlich machen kann.

Parteiengenosse M. Jäger, Nixdorf: In Anbetracht dessen, daß sich die wirtschaftliche Lage des Proletariats infolge der kapitalistischen Produktionsweise immer mehr und mehr verschlechtert, die Männerarbeit immer mehr und mehr durch die Frauenarbeit verdrängt wird, und die Frauen infolge ungenügender Organisation nicht in der Lage sind, dem Kapital den nötigen Widerstand entgegen zu setzen. Ferner in Anbetracht dessen, daß die Frauenarbeit mindestens zur Hälfte von jüngeren Arbeitskräften verrichtet wird und die älteren Frauen nur schwer zur Organisation heranzuziehen sind, hält es der zu Köln tagende Parteitag der deutschen Sozialdemokratie für Ehrenpflicht eines jeden Genossen, für die gewerkschaftliche Organisation der weiblichen Arbeitskräfte, insbesondere der jüngeren, in jeder Hinsicht einzutreten. Speziell hält es der Parteitag für Pflicht eines jeden Vaters und einer jeden Mutter, die sich zur Sozialdemokratie bekennen, dafür zu sorgen, daß ihre eventuellen Töchter, sobald sie das geistliche Alter erreicht haben, sich der betreffenden Gewerkschaftsorganisation anschließen.

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentl. Sitzung vom Donnerstag, den 12. Oktbr., Nachmittags 5 Uhr.

Die Vorlage betr. die Errichtung eines Isolirpavillons für ansteckende Krankheiten bei den Frennshallen zu Dalkorf und Herzberge wird nach kurzer Debatte angenommen.

Durch Beschlüsse der Versammlung aus den Jahren 1881 und 1888 ist dem Magistrat die Befugnis zur selbständigen Verpachtung von Theilstücken der damals im Besitz der Stadt befindlichen Kieselgüter ohne Mitwirkung der Versammlung gewährt worden. Auf Grund dieser Beschlüsse hat der Magistrat von dem erst vor kurzer Zeit für Kieselwede angekauften Gute Gütergoh. Dr. Schloß auf die Zeit vom 1. Juli 1893 bis 1. April 1894 für 3500 M. verpachtet. Durch Vorlage vom 27. Juli d. J. suchte er die Ausdehnung jener Befugnis auf sämtliche Kieselgüter nach und beantragte zugleich die nachträgliche Genehmigung zur Vermietung des Schlosses Gütergoh. Der niedergelegte Antrag hat den Magistratsanträgen zugestimmt; doch soll die Befugnis zur Verpachtung der Ackerparzellen beschränkt sein und für die Verlängerung des erwähnten Miethvertrages sowie für eine anderweitige Vermietung die Zustimmung der Versammlung eingeholt werden. Die Versammlung tritt diesen Vorschlägen ohne Debatte bei.

Die Vorlage des Magistrats, betreffend die Herstellung eines Hallenganges längs der Kaiser Wilhelmstraße und des Neuen Marktes als Abfluß gegen den Marienkirchhof, und betreffend die Feststellung einer weiblichen Fluchtlinie für die Straße an der Ostseite des Marienkirchhofes und für die Südseite der Kaiser Wilhelmstraße ist von dem Ausschuss einstimmig abgelehnt worden. Der Ausschuss hat dagegen mit allen gegen eine Stimme vorgeschlagen, den Magistrat zu ersuchen, mit den Organen der Marienkirche behufs der einheitlichen Ausschmückung des Platzes um die Marienkirche mit gärtnerischen Anlagen in Ver-

bindung zu treten und wegen Wiederaufhebung der für die Besetzung der benachbarten Häuser an der Klosterstraße bestehenden Grundstückslinie das Erforderliche zu veranlassen.

Der Ausschussantrag wird ohne Debatte angenommen.  
Zur Errichtung eines zweiten Rathhauses für Berlin, in welchem vor allem die jetzt in Mietverhältnissen untergebrachten städtischen Bureaus u. s. w. eine Stätte finden sollen, schlägt der Magistrat den Verkauf der Grundstücke Stralauerstr. 48-57 und der sämtlichen Grundstücke 1-14 der Kleinen Stralauerstraße vor. Der Kaufmann Uswald Schneider, Grobenstraße 16, hat sich die Grundstücke für die Stadtgemeinde bis zum 1. November c. durch Schlusscheine gesichert. Der Kaufpreis soll 4975000 M. betragen. Dem Vermittler beantragt der Magistrat eine Entschädigung von 50000 M. zu bewilligen. Das Wichtigste aus der Begründung der Vorlage ist bereits in unserer Mittwochnummer mitgeteilt worden. Der Preis des anzukaufenden Terrains stellt sich auf 388,25 M. für den Quadratmeter, auf 5500,41 M. für die Quadratmeter. Die Errichtung eines großen städtischen Dienstgebäudes auf diesem Areal würde nach der Ansicht des Magistrats zugleich die Möglichkeit geben, die Ufer- und Ladestraße von der Kaiserbrücke bis zur Mühlendammbrücke anzulegen, die Klosterstraße bis zu dieser Uferstraße zu verlängern, sowie der Neuen Friedrichstraße an der Kaiserbrücke eine bessere Bauartlinie zu verschaffen.

Stadt. Schönflies beantragt die Verweisung der Vorlage an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern; Stadt. Sachs II will diesen Ausschuss noch in der heutigen Sitzung gewählt wissen.

Stadt. Borchardt: Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebes der städtischen Verwaltung ist seit 20 Jahren eine so gewaltige, daß es mit den bisherigen Verhältnissen der Unterbringung der Bureaus unter keinen Umständen so weiter gehen kann. Ein neues Rathaus muß die Stadt haben. Das Gerichtsgebäude in der Jädenstraße, das frühere Adolphenhaus in der Neuen Friedrichstraße, das Hygienemuseum sind und für diesen Zweck nicht erreichbar, weil der Platz diese Gebäude für diese Zwecke behalten will. Wir haben deshalb den Antrag an Sie gebracht, die genannten Grundstücke anzukaufen und dort das Rathaus zu errichten. Fast ein halbes Jahr haben wir darum gehandelt; der Preis ist nicht zu hoch, die Lage keine ungünstige. Sie werden sich mit der Annahme unseres Vorschlags den Dank der Bürgerschaft verdienen.

Stadt. Sachs II stellt dem Projekt sympathisch gegenüber, er hätte nur gewünscht, daß es etwas früher an die Veranlassung gebracht worden wäre. Zur thunlichsten Beschleunigung der Sache müsse der Ausschuss noch heute gewählt werden, und der habe dann zu prüfen, wie weit der Verkaufstermin noch über den 1. November hinaus verlängert werden könne. Ueber die Notwendigkeit der Errichtung eines solchen Gebäudes sei kein Zweifel. Die provisorische Unterbringung so wichtiger Geschäftszweige, wie z. B. des Gewerbegerichts, sei ganz unzureichend trotz der gewaltigen Summe, welche die Stadt jährlich an Mieten zu zahlen habe. Die Frage, ob der Preis ein angemessener sei, werde am besten im Ausschuss geprüft; zu hoch erscheinen dem Redner 5500 M. pro Ruthen nicht. Angenehm berühre es ihn gerade nicht, daß die Stadt die Provision zahlen solle und nicht der Verkäufer. Auch diese Frage werde der Ausschuss zu erörtern haben. Der Vortheil der Durchführung der Klosterstraße und der billigen Herstellung der Ufer- und Ladestraße sei ebenfalls sehr schätzenswert. Namentlich die Schaffung der Uferstraße sei eine Nothwendigkeit. Die finanzielle Lage der Stadt Berlin dürfe ja nicht außer Acht gelassen werden, aber die Stadt müsse für die zweckmäßige Ausübung der Selbstverwaltung stets Geld haben.

Stadt. Schönflies hat auch gegen das Projekt an sich keine besonderen Bedenken, hält aber Ausschussberatung namentlich des Kostenpunktes wegen für unumgänglich. Die Entschädigungen sollen zum Theil viel mehr, zum Theil erheblich weniger als 5500 M. für die Ruthen betragen; die Gründe für diese ausfallenden Unterschiede müsse der Ausschuss aufzuklären suchen.

Stadt. Borgmann: Auch ich sehe dieser Vorlage im Allgemeinen mit meinen Freunden freudlich gegenüber. Sie ist geeignet, verlorene Verhältnisse im Herzen Berlins zu beseitigen, welche an das verächtliche Hamburger Gängeviertel erinnern. Ich möchte aber den Magistrat fragen, wie es gekommen ist, daß der Herr Schneider die glückliche Eingebung gehabt hat, sich an den Magistrat zu wenden gerade in dem Augenblicke, wo der Magistrat sich mit einem so großen Projekt befaßt. (Heiterkeit.) Nach der Vorlage hat er das aus eigenem Antriebe gethan, während in Wirklichkeit er wohl im Auftrage des Magistrats gehandelt hat. Warum sagt man uns das nicht? Und warum sollen wir dem Herrn 50000 M. an den Hals werfen? Wenn Herr Sachs heute dem Gewerbegericht solchen Werth beilegt, so muß ich doch daraus verweisen, daß die Majorität dieser Versammlung, welcher Majorität Herr Sachs angehört, zehn Jahre gebraucht hat, um dieses Institut endlich ins Leben treten zu lassen. Von diesem Gesichtspunkte ist der Herr Sachs auf das Gewerbegericht nicht recht verständlich. (Sehr richtig!) Was nun den Villonenbau selbst betrifft, so sollte doch endlich die Stadt denselben einmal in eigene Regie nehmen. (Unterbrechung.) Das ist keineswegs unmöglich. Der Magistrat kann sehr wohl vorschreiben, daß der Unternehmer verpflichtet ist, die Arbeiter nicht länger als 8 oder 9 Stunden arbeiten zu lassen. (Gelächter.) Sie lachen darüber, aber wenn Sie noch so viel darüber lachen, es wird eine Zeit kommen, wo Sie gerade so wie beim Gewerbegericht der Sache einen Hymnus singen werden. Dieses Lachen beweist nur, daß auch die heutige bürgerliche Gesellschaft nichts gelernt hat; sie tanzt heute ebenso auf einem Balken, wie vor hundert Jahren eine andere Gesellschaft. (Unruhe.) Die Gewerkschaften werden demnächst mit entsprechenden Anträgen an die Stadtverwaltung herantreten. Es wird auch für die Stadt ein erhebendes Bewußtsein sein, daß bei diesem Monumentalbau Arbeiter thätig gewesen sind, die nicht ein bloßes Ausbente-Objekt für die Unternehmer gewesen sind. Im übrigen treten wir dem Antrage auf Ausschussberatung bei.

Stadt. Amalia erinnert daran, daß die große Frage der Einverleibung noch ungelöst sei, und daß es noch wie vor zweifelhaft erscheine, ob dann die bisherige Zentralisation der städtischen Verwaltung aufrecht zu erhalten sein wird. Der Durchschnittspreis von 5500 M. treffe in Wahrheit nicht zu, vielmehr höre man, daß dem einen Verkäufer 8000, dem andern nur 2500, dem einen also 3 mal so viel als dem andern gegeben werden sollen. Das müsse stutzig machen. Auch hier habe der Ausschuss zu prüfen, ob es nicht Mittel gäbe, so übertriebene Forderungen zurückzuweisen.

Stadt. Sachs II bemerkt gegen Borgmann: Nicht die Mehrheit dieser Versammlung ist schuld daran, daß das Gewerbegericht nicht früher zu Stande kam (Stadt. Singer: doch! Unruhe). Schon 1887 war der erste Entwurf dem Oberpräsidenten eingereicht, dort lag er 2 Jahre, wurde dann beanstandet, darauf kam das neue Gewerbe-Gesetz zwischen, und deswegen hat das Gewerbegericht nicht früher in Szene gehen können. Die Mehrheit ist daran ebenso anschuldigt, wie Herr Singer selbst.

Zum Wort ist noch gemeldet Stadt. Singer. Die Versammlung nimmt jedoch einen Schlussantrag an und tritt dem Antrage auf Ausschussberatung bei. Der Ausschuss wird noch heute gewählt werden.

Der Magistrat beabsichtigt, bei Gelegenheit der Eröffnung der neuen Wasserwerke Müggelsee-Lichtenberg eine Besichtigung in größerem Umfange stattfinden zu lassen und dazu die Staats-, Provinzial-, Kreis- u. s. w. Behörden, die städtischen Körperschaften, Ehrenbürger, Stadtältesten u. dgl. m. einzuladen, im Anschluß daran eine Festlichkeit für die Unternehmer, Werkmeister, Arbeiter und Beamten zu veranstalten und den geringeren Besoldeten, bei den Bauten beschäftigten Angestellten eine einmalige Diätengelage bis zum

Gesamtbetrage von 1000 M. zu zahlen. Für die sonstigen Arrangements sollen 8000 M. aus den bewilligten Baugeldern, an welchen etwa 3 Millionen gegen den Vorschlag erspart sind, zur Verfügung gestellt werden. Die Summe von 6000 M. soll auch die Kosten für einen Imbiß decken, welchen der Magistrat den Teilnehmern an der Besichtigung zu bieten für erforderlich erachtet.

Ein Antrag Dinsse verlangt, daß zu der Besichtigung auch noch sämtliche Bezirksvorsteher eingeladen werden sollen. (Heiterkeit.)

Stadt. Mehner: Wir stehen dieser Vorlage nicht sympathisch gegenüber. Wenn die Vollendung der Wasserwerke schon ein besonderes Ereignis sein soll und deswegen eine Festlichkeit veranstaltet werden soll, so ist doch aus der Vorlage nicht ersichtlich, wie die Arbeiter an dieser Festlichkeit beteiligt werden sollen. Ferner sollen die unteren Beamten eine Gratifikation bekommen. Diese kleine Zuwendung von 1000 Mark scheint uns ziemlich bedeutungslos; die unteren Beamten sollten wie die Arbeiter von vornherein genügend bezahlt werden. Nun will man die 6000 Mark auch zu einem Imbiß verwenden. Nach unserer Uebersetzung sind öffentliche Gelder zu einem solchen Zwecke überhaupt nicht zu verwenden. Will man einen solchen Imbiß arrangiren, so möge man den Einzelnen mit den Kosten belegen. Dazu ist wohl Jeder in der Lage. Aus diesem Grunde bitten wir die Vorlage abzulehnen. (Beifall.)

Stadt. Dinsse: Als die Zentral-Markthalle ergründet wurde, sind auch sämtliche 800 Bezirksvorsteher zu dieser Festlichkeit mitgeladen worden. Diese Herren vertreten den Bürgern gegenüber den Oberbürgermeister und es würde in der Bürgerschaft einen sehr guten Eindruck machen, wenn sie auch diesmal wieder zugezogen würden.

Stadt. Stadthagen: Ich bitte die Vorlage und den Antrag Dinsse abzulehnen. Wenn die Müggelwerke bloß vorgezeigt werden sollten, so wäre dagegen gar nichts einzuwenden. Aber gegen das Prinzip, daß, sei es auch nur eine Schrippe, (Heiterkeit), gegeben aus dem Stadtsäckel an Ehrenbeamte, damit sie sich diese Werke ansehen können, muß man sich aus allen Kräften wehren, gerade so wie wir und gegen die Bewilligung der Ströme Wein gewährt haben, welchen die Stadt seinerzeit zu Ehren des Medicinischen Kongresses gab. Der Aufklärung bedarf die Frage der einmaligen Zulage bis 1000 Mark. Was ist unter den „dort beschäftigten Arbeiter“ zu verstehen? Es sind ja doch auch bei diesem Bau Zwischenunternehmer thätig gewesen, welche doch die meisten der von ihnen angenommenen Arbeiter schon entlassen haben. Ein Arbeiter ist direkt wegen sozialdemokratischer Gesinnung entlassen worden, und der Magistrat hat dagegen nichts zu thun vermocht. Sind denn also unter den „dort Beschäftigten“ bloß die Unternehmer verstanden, die dabei verdient haben? Wofür soll ein Fest gefeiert werden? Soll denn das Fest gefeiert werden für Unterlassungssünden? (Oh und Zwischenrufe.) Schon zu 1892 sollten die Wasserwerke unter allen Umständen fertig sein. Jetzt, 1898, 1 1/2 Jahr später, sind die Werke endlich fertig. Und da sollen Feste gefeiert werden? Etwa weil die Arbeiter so langsam vorrückten, weil viel zu wenig Arbeiter angestellt wurden? (Lachen.) Das ist ja urkundlich erwiesen. Die Zahl der dort beschäftigten Arbeiter war eine unendlich kleine, sie wurde freilich auch trotz der Gewerbe-Ordnung an den Sonntagen beschäftigt. Bei drei Staatsberatungen hintereinander sind diese Mißstände hier zurörterung gezogen worden, und jetzt wollen Sie das durch Lachen hinwegleugnen? (Große andauernde Unruhe.) Feiern Sie immerhin, daß Unterlassungssünden begangen sind; feiern Sie, daß Sie verstehen, Thatsachen wegzuleugnen. Sie dürfen und können lachen, aber die Thatsachen wegzuleugnen können Sie nicht, auch nicht die Verantwortung dafür, daß durch die Nachlässigkeit des Magistrats — — — — — wärende Unterbrechung; Vorsteher Dr. Langerhaus erklärt eine solche Ausdrucksweise für unzulässig, durch die Handlungsweise des Magistrats die Verzögerung des Baues eingetreten ist. Ich frage weiter, wann denn die zweite Hälfte der Wasserwerke fertig gestellt sein wird? Fest steht bereits, daß auch das ganze Werk für die gestiegene Bevölkerung keineswegs ausreichen wird (Wiederholte Gelächter). Wollen Sie zahlen? (Fortdauernde Unterbrechungen und Zurufe.) Ich bin bereit, sie zu geben, aber daß die Lacher auch dann lachen werden, wenn ich Zahlen mittheile, und selbst wenn sie im Grunde sind, zu verstehen, was diese Zahlen bedeuten... (Großer Lärm, in dem der Vorsteher sich nur mit Mühe verständlich machen kann. Er ersucht den Redner, diesen die ganze Versammlung beleidigenden Ton nicht ferner zu gebrauchen; so spreche man nicht zu Kollegen.) Der Redner erklärt dagegen wiederholt, sich nur gegen die Lacher gewendet zu haben und nimmt für sich das Recht in Anspruch, deren Verhalten wie geschehen zu kritisiren. Er führt dann mit Zahlenbelegen aus, daß die Vermehrung der Bevölkerungsziffer Berlins auch die neuen Werke längst als unzureichend erscheinen lasse, falls die Straßener Werke, wie nötig, geschlossen und die Privatwasseranlagen nicht existiren würden, betont nochmals, daß gar kein Anlaß vorliege, auf die endliche Vollendung dieser technisch sehr gut ausgeführten Werke stolz zu sein und noch viel weniger Anlaß zu einer Festlichkeit.

Stadt. Hadd: Den Vorwurf der Nachlässigkeit muß ich aufs entschiedenste zurückweisen. Mit größter Energie ist dieses Werk gefördert worden, mit einer Energie haben Kuratorium und Direktion gearbeitet, wie sie größer gar nicht entwickelt werden konnte. Wichtig ist, daß die Werke früher hätten fertig werden sollen, aber die Schwierigkeit der Beschaffung des Terrains hat erst 1890 den Beginn der Bauausführung erlaubt. In drei Jahren ist der Bau vollendet worden, obwohl das Terrain am Müggelsee noch heute nicht in unsern definitiven Besitz übergegangen ist. Ganze Wochen, frohe Feste! Dieses Sprichwort sollte nach unserer Meinung auch hier zu Ehren kommen. Die Werkmeister und Arbeiter haben mit solchem Eifer, mit solcher Hingebung ihre Schuldigkeit gethan, daß ihnen die geplante Festlichkeit wohl zu gönnen ist. Die zweite Hälfte der Werke wird im Sommer 1905 fertig sein. Das Fest soll nach alter deutscher Sitte eine Art Nichtfest, auch für die Arbeiter sein. Die Zahl der Einzelnen wird sich auf 500, die der Werkmeister und des Stammes der Arbeiter auf circa 600 belaufen. Die Summe von 6000 Mark ist dafür gewiß nicht zu hoch gegriffen (Wiederkommene Zwischenrufe: Nein!) Gratifikationen sollen hauptsächlich die Bauaufsichter erhalten, jeder etwa eine solche von 50 Mark. Gerade hier, wo wir auch den Arbeitern eine Freude bereiten wollen, verstehe ich die aufgetretene Opposition um so weniger. (Beifall.)

Die Vorlage wird angenommen, der Antrag Dinsse abgelehnt.

Schluß 7/4 Uhr.

### Tokales.

**Zum Schreibereid.** Das Gend der Papiertageelöhner, Lohnschreiber, welches in Vereinen wiederholt aus Nicht der Deffentlichkeit gezerrt worden ist, erfährt eine charakteristische Beleuchtung durch die amtliche Balanzliste für Militärämterwörter. Hier wird das Schreibereid, wie gesagt, in amtliche Beleuchtung gerückt. Das enthält z. B. die letzte erschienene Nummer der Balanzliste folgende verlockende Offerten für Militärämterwörter mit Zivilversorgungsschein: Pyritz, Amtsgericht — Kanzleigehilfe (Lohnschreiber) — gute geläufige Handschrift, Kenntniß der gerichtlichen Kanzleigebäude — zunächst kann jederzeit ohne Kündigung die Entlassung eintreten, nach längerer Beschäftigung vierwöchige Kündigungsfrist — 5 Pf. pro Seite Schreib-

lohn — mit Genehmigung des Vorgesetztenpräsidenten kann nach längerer Beschäftigung eine Erhöhung des Schreiblohnes bis zu 10 Pf. pro Seite eintreten. — Es ist nicht zu erwarten, daß für die inne zu haltenden Dienststunden von 8-1 Uhr und von 3-6 Uhr dauernd Schreibarbeit vorhanden ist! Neumagen, Königliches Amtsgericht — Kanzleigehilfe — leserliche Handschrift — vierwöchige Kündigung — 7 Pfennige für die Seite des gelieferten Schreibereids. — Prän, Königl. Amtsgericht — Lohnschreiber — gute Handschrift, genügende Schulbildung und Kenntniß des gerichtlichen Bureauwesens — einjährige Kündigung — je 18 Mark pro Woche. Prenzlau, Amtsgericht — Lohnschreiber — gute, deutliche und leserliche Handschrift, sowie die Befähigung, Schriftstücke mit schwer zu lesender Handschrift korrekt abzuschreiben — einmonatige Kündigung — bei Lohnjahre von 5 Pfennigen für die Seite durchschnittlich monatlich 30 Mark — bei längerer und guter Dienstführung kann der Lohnsatz nach und nach bis auf 10 Pfennige und ausnahmsweise auf 11 oder 12 Pfennige für die Seite erhöht werden. Der festgesetzte Schreiblohn kann indessen jederzeit geändert, insbesondere auch herabgesetzt werden. (1) Schwedt a. O., Amtsgericht — Lohnschreiber — regelmäßig leserliche Handschrift — Entlassung jederzeit zulässig, doch soll thunlichst eine einmonatige Kündigungsfrist eingehalten werden. — Schreiblohn anfangs etwa 5 Pf. für die Seite, monatlich etwa 50 M. — Schreiblohn kann bis 10 Pf., ausnahmsweise 12 Pf. für die Seite erhöht, nach fünfjähriger Dienstzeit ein monatliches Mindesteinkommen von 42-48 M., je nach dem erhaltenen Seitenschreiblohn, bewilligt werden. Ziegenrück, königliches Amtsgericht — Kanzleigehilfe — Bewerber muß eine gute Handschrift haben und orthographisch richtig schreiben — zunächst vierwöchige Kündigung — das Einkommen besteht in einem Schreiblohn von 5-10 Pf. für die Seite; der Satz wird von dem Herrn Landgerichts-Präsidenten bestimmt — bei einem Anfangssatz von 6 Pf. beträgt das Einkommen monatlich durchschnittlich 50-60 M. Wilsen a. d. Luhe, Amtsgericht — gute Handschrift und fehlerfreie Anfertigung der übertragene Schreibereiden — monatliche Kündigung — die Vergütung für das angefertigte Schreibereid beträgt 5-10 Pf. pro Seite je nach Leistung — festes Einkommen ist mit der Stelle nicht verbunden. Neustadt (Westpr.), Provinzial-Zerrenanstalt — Schreiber — körperliche Mäßigkeit, Elementarkenntnisse, kräftige Gesundheit, gut zu Fuß — vierwöchige Kündigung — 300 M. jährlich — nicht pensionsberechtigt — (reis für die Zerrenanstalt!) Düsseldorf, Oberbürgermeisteramt — Kanzlist (Lohnschreiber) — entsprechende Elementarkenntnisse, feste schöne Kanzleihandschrift — 6 wöchige Kündigung — für die vollbeschriebene Seite 8 Pf. — nach je 4 Jahren Erhöhung der Vergütung auf 9 und 10 Pf. — Pensionsberechtigung ist mit der Stelle nicht verbunden. Münster in Westf., königliches Amtsgericht — Kanzleigehilfe — sonderbare leserliche Handschrift — auf Kündigung — Vergütung für jede Seite wird von dem Herrn Landgerichts-Präsidenten festgesetzt, voraussichtlich 7 Pf. pro Seite — Vergütung kann unter Umständen erhöht werden. — Diese kleine Mühenlese dürfte wohl hinreichen, um das „amtliche“ Schreibereid in das hellste Licht zu rücken. Nach Obigem kann man sich ein Bild machen von den Verhältnissen, wie sie in vielen privaten Schreibereiden anzutreffen sind. Was noch erschwerend ins Gewicht fällt, ist, daß bei den „amtlichen“ Stellen der Besitz der „Zivil-Versorgungsberechtigung“ Vorbedingung ist, welche wiederum eine Reihe militärischer Dienstjahre zur Voraussetzung hat.

Diesen traurigen Verhältnissen gegenüber sollten sich die Bureau-Arbeiter, insbesondere in Berlin, endlich zu einer guten Organisation aufraffen, und die Streitigkeit nicht zur Belämpfung untereinander, wie es leider noch heute sehr geschieht, gebrauchen, sondern planmäßig, zielbewußt und thatkräftig den Kampf um bessere Lohnbedingungen zu führen trachten. Nicht unmännliches Gejäh über den Grad des Anmerks einzelner Vereine, sondern Stärkung des Klassenbewußtseins dieser so traurig gestellten Arbeiterschaft und gemeinsames Handeln zur Bekämpfung der Ausbeutung sollte das Ziel ihrer Vereinigungen sein.

**Unentgeltliche Lehrmittel** müßten, wie es der derzeitige Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten verlangte, ausnahmslos an alle Gemeindegeldbesitzer verabsolgt werden, die freilich die Mehrheit der Berliner Stadtverordneten hatte jedoch auch den dahin gehenden Antrag wiederholt abgelehnt und nur den für Lieferung von Lehrmitteln seitens der Stadt aufzuwendenden Betrag auf 40000 M. erhöht, indem sie außerdem noch wie vor den Nachweis der „Bedürftigkeit“ verlangte. Die allermeisten Gemeindegeldbesitzer und deren Eltern sind „bedürftig“, wenn also von dem Recht auf unentgeltliche Lehrmittel noch nicht in dem Maße Gebrauch gemacht wird, wie es die kleine Summe von 40000 M. zuläßt, so liegt es theils daran, daß viele Eltern aus falscher Scham, oder irrtümlich annehmen, daß die Lieferung von Lehrmitteln als eine Art Armenunterstützung (mit deren politischen Folgen) angesehen wird, keinen Anspruch auf unentgeltliche Lehrmittel erheben. Dieser Standpunkt ist unrichtig. Die Lieferung unentgeltlicher Lehrmittel ist keine Armenunterstützung. Theils liegt das Unterlassen von Stellung solcher Anträge an der Langsamkeit, mit der derartige Gesuche entgegen magistralischer Behauptung behandelt zu werden pflegen: von jedem solchen Fall einem unserer Genossen im rothen Hause in Kenntnis zu setzen, ist nöthlich. — Es seien gerade jetzt beim Beginn des neuen Schuljahres die Eltern darauf hingewiesen, daß es nur eines Antrages beim Rektor der betreffenden Schule bedürfen soll, um unentgeltliche Lieferung der Lehrmittel zu erhalten.

**Zur Errichtung eines städtischen Gymnasiums und noch einer zweiten Realschule** im Stadttheil Moabit will, wie die „Berliner Zeitung“ mittheilt, der Bezirksverein „Moabit“ petitioniren. Das dortige Gymnasium und die Realschule seien so überfüllt, daß die zahlreich in Moabit wohnenden beziehungsweise dorthin vertriehen Beamtenfamilien nicht in der Lage seien, ihre Söhne, welche anderwärts das Gymnasium besuch haben, in Moabit weiter eine höhere Schule besuchen lassen zu können. Derselbe Uebelstand treffe auch für andere nach Moabit ziehende Familien zu. Derselbe Uebelstand trifft auch für andere Schulen zu, für die Gemeindegeldbesitzer, und zwar besonders in Moabit, wo man längst von einer „Schulnoth“ sprechen kann. Was auf Gymnasien und Realschulen bereits überfüllt genannt wird, würde man bei den Gemeindegeldbesitzern schwach besucht nennen. Aber trotzdem würde der „Freisinn“ außer sich vor Enttäuschung gerathen, wenn es einmal einem Verein von Arbeitern einfiel, den Magistrat durch eine Petition an seine Pflicht, die Gemeindegeldbesitzer von ihrer Ueberfüllung zu entlasten, zu erinnern. In doch bislang jeder Versuch unserer Vertreter im rothen Hause, der Zusammenpferchung der Gemeindegeldbesitzer entgegenzutreten, fast fruchtlos geblieben.

**Zum Charitee-Vorfall.** Der Vorstand der Orts-Krankenkasse der Schuhmacher hat einstimmig beschlossen, der Charitee keine Kranken mehr zu überweisen.

**Auch ein „Wohltäter“.** Herr Dr. jur. Eduard Simon, Mitinhaber der Firma Gebrüder Simon in der Klosterstraße, hat den Verichten bürgerlicher Blätter zufolge, dem „Kaufmännischen Hilfsverein zu Berlin“ zur „Förderung seiner Wohltätigkeits-Einrichtungen“ 1000 Mark gespendet. Die Firma Gebrüder Simon ist dieselbe, welche um die Weihnachtszeit, also gerade dann, wenn zahlreiche festungslose Handlungsgehilfen und





## Sozialistische Presse Deutschlands.

IV. Quartal 1893.

Central-Organ.

„Vorwärts“ Berliner Volksblatt, Beuthstr. 2. S.W. täglich erscheinend.

Wissenschaftliche Revue.

„Die Neue Zeit.“ Chef-Redakteur: Karl Kautsky. Ständige Mitarbeiter: A. Bebel, E. Bernstein, M. Schippel. Erscheint wöchentlich in Stuttgart, Furtw. 12.

Täglich erscheinende Zeitungen.

- Augsburg „Volkszeitung“ Mittlerer Graben H 405.
- Bamberg „Bamberger Volkszeitung“ Wohlfahrtsstraße 11, Würzburg.
- Bielefeld „Volksblatt“ Oberthorwall 23.
- Brandenburg „Volksblatt für Ost- und Westhavelland“ (Brandenburger Zeitung), St. Annenstr. 33.
- Braunschweig „Braunsch. Volksfreund“ Rannengießerei 19.
- Bremen „Bremser Bürger-Zeitung“ Schlachte 35.
- Breslau „Volksblatt“ Weisgerberggasse 64.
- Cassel „Volksblatt für Hessen“ Hohenthorstr. 20.
- Dortmund „Rheinisch-Westfäl. Arbeiter-Zeitung“ Eindenstr. 25.
- Dresden „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ Gerbergasse 1.
- Elberfeld „Freie Presse“ Kleine Altbahn 10.
- Erfurt „Thüringer Tribüne“ Gartenstr. 7.
- Frankfurt a. M. „Volksstimme“ Katharinenpforte 11.
- Fürth „Fürther Bürger-Zeitung“.
- Gesfemünde „Norddeutsche Volksstimme“ Schulstr. 16.
- Gera „Reichliche Tribüne“ Hohenstr. 54.
- Halle a. S. „Volksblatt für Halle“ Böbergasse.
- Hamburg „Hamburger Echo“ Gr. Theaterstr. 44.
- Hannover „Volksblatt“ Marktstr. 45.
- Hilf „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“ Bergstr. 11.
- Leipzig „Der Wähler“ Dörrienstr. 9.
- Magdeburg „Volksstimme“ Schmiedehofstr. 5/6.
- Mainz „Mainzer Volkszeitung“ (Sächsische Volksstimme) Deutschhausgäßchen 1.

Wöchentlich dreimal erscheinende Blätter.

- Bautz „Norddeutsches Volksblatt“ Adolfsstr. 1.
- Berlin „Volksblatt“ für Teltow-Beelitz-Charlottenburg, Ober- und Nieder-Barnim, Beuthstr. 2, S.W.
- Burgstädt „Die Volksstimme“ Augustusstraße.
- Cheumnitz „Der Beobachter“ Gartenstr. 16.
- Crefeld „Niederrheinische Volksstimme“ Am Owall.
- Danzig „Volksblatt für Ost- und Westpreußen“ Berlin Beuthstr. 2.
- Dessau „Volksblatt für Anhalt“ Landstr. 33.
- Dresden „Der Volksfreund“ Gerbergasse 1.
- Düsseldorf „Niederrheinische Volksstimme“ Karllaplatz 3.
- Eisenach „Eisenacher Volksblatt“ Rastlerstr. 20.
- Frankfurt a. O. „Märkische Volksstimme“ Tuchmacherstr. 73.
- Gotha „Gothaisches Volksblatt“ Rinsleberstr. 11.
- Greif „Reichliche Volks-Zeitung“ Untere Silberstr. 1.
- Hagen „Volksblatt“ Seibederstr. 3.
- Hof „Hofers Volksblatt“ Marienstr. 77.
- Heseloh „Märkische Arbeiter-Zeitung“ Mühlenweg 19.
- Hilf „Rheinische Zeitung“ Gr. Griechenmarkt 115.
- Weissen „Meißner Volksfreund“, Burgen, Schrotgasse 7.
- Mühlhausen i. G. „Gotha-Bohr. Volkszeitung“ Schulgasse 2.
- Offenburg i. S. „Volksfreund“ Metzgerstr. 268.
- Rosbach „Medienburgische Volkszeitung“ Hopfenmarkt 19.
- Solingen „Vergilische Arbeiterstimme“ Kaiserstr. 29.
- Stettin „Volks-Vote“.
- Wurzen „Wurzener Zeitung“ Schrotgasse 7.
- Zwickau „Sächsisches Volksblatt“ Magazinstr. 2.

Wöchentlich zweimal erscheinende Blätter.

- Langenbielau „Der Proletarier aus dem Orlasenberge“.
- München-Gladbach „Arbeiterstimme“, Solingen, Kaiserstraße 29.
- Nordhausen „Nordhäuser Volksblatt“ Altendorferstr. 16.
- Saalfeld „Thüringer Volksfreund“ (Thür. Waldpost) Rosmarin-gasse 15.
- „Thüringer Volksblatt“ (Schwarzburger Volksfreund) Rosmarin-gasse 25.

Wöchentlich einmal erscheinende Blätter.

- Altenburg „Der Wähler“ Brüdergasse 2.
- Apolda „Freie Presse“.
- Bautz „Die Nord-Wacht“ Adolfsstr. 1.
- Berlin „Gazeta Robotnicza“ Oranienstr. 54, Hof I.
- Braunschweig „Der Landbote“ Rannengießerei 13.
- Breslau „Volksblatt“ Weisgerberggasse 64.
- Haldersdorf „Sonntags-Zeitung“ Grubenberg 3.
- Königsberg i. Pr. „Volks-Tribüne“ Vorder-Rosgarten.
- Mannheim „Vote von der Saar“ T 3, 4 b.

- Mürnberg „Arbeiter-Chronik“ Weizenstr. 12.
- „Bayrisches Wochenblatt“ Weizenstr. 12.
- Zeit „Glückauf“ Neumarkt 33.
- Wühlblätter.
- München „Süddeutscher Postillon“ Senefelderstr. 4. Erscheint alle 14 Tage.
- Stuttgart „Der wahre Jacob“ Furtw. 12. Erscheint alle 14 Tage.

Illustrirtes Unterhaltungsblatt.

- Hamburg „Die Neue Welt“ Große Theaterstr. 44. Erscheint wöchentlich einmal.

## Gewerkschafts-Presse in Deutschland.

IV. Quartal 1893.

Dreimal wöchentlich erscheinend.

- Leipzig-Renditz „Der Correspondent“ für Buchdrucker. Konstantinstr. 8.

Wöchentlich erscheinend.

- Berlin „Die Ameise“, Organ des Porzellan-arbeiter-Verbandes, Charlottenburg, Englische Straße 27, II.
- „Der Bauhandwerker“ S. Urbanstr. 124, Aug. IV.
- „Bildhauer-Zeitung“, Neanderstr. 3.
- „Allg. Fabr.-Zeitung“ Schützenstr. 53.
- „Der Gastwirthsgehilfe“ Annenstr. 14.
- „Neue Union“ Organ der in den graphischen Gewerben Beschäftigten Elisabeth-Ufer 55.
- „Vereins-Anzeiger für Maler“ Mittenwalderstr. 24.
- Bremen Deutsche „Böttcher-Zeitung“, Langestr. 100 I.
- Burgstädt „Der Textilarbeiter“ Obere Marienstr. 265.
- Grisenkirchen „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ Friedrichstr. 47.
- Gotha „Schuhmacher-Fachblatt“.
- Halle „Töpfer-Zeitung“.
- Hamburg „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ Boll-vereins-Niederlage, Wilhelmstr. 13 I.
- „Glück auf!“ (für Former) Hamburg-Gilbed, Konventstr. 5.
- „Der Grundstein“ (für Maurer) Zollvereins-Niederlage, Wilhelmstr. 13 I.
- „Holzarbeiter-Zeitung“ Simsbüttel, Wismar-straße 10.
- „Bruder Schmied“ Altonastr. 45.
- „Fachzeitung für Schneider“ Rosenstr. 35 I.
- „Der Zimmerer“ St. Georg, Kapellenstr. 10 P.
- Leipzig „Der Gewerkschafter“ (f. Cigarrenarbeiter) Dörrien-straße 9.
- „Reform“ (für Buchdrucker) Ulrichs-gasse 27-29 I.
- Leipzig-Fahnditz „Graphische Presse“ Schleuditz.
- Linden-Hannover. „Deutsche Brauer-Zeitung“, Nieflag-straße 18.
- Löbtau-Dresden „Der Fachgenosse“ (für Glas-, Porzellan- und Thonwaaren-Arbeiter) Wilsdrufferstraße 50.
- Mürnberg „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ Weizenstr. 12.
- Stuttgart „Buchbinder-Zeitung“, Heusteigstr. 30.
- „Der Handschuhmacher“ Böllingerstr. 4.
- Zwickau „Glück auf!“ (für Bergarbeiter) Neupere Schneeb-bergerstraße 30.

Monatlich dreimal erscheinend.

- Altenburg „Correspondent für Gutmacher“ Leichstr. 3.
- Hamburg „Der Kupferschmied“ Hammerbrook, Henden-lampsweg 92, IV.

Alle 14 Tage erscheinend.

- Altenburg „Fachblatt d. Mühlenarbeiter“ Mauergasse 4b.
- „Vereinsblatt der Weisgerber“, Schützenstr. 16.
- Altona „Die Biene“, (Organ der Konditorgehilfen und verwandten Berufsgenossen), Adolfsstr. 95.
- Berlin „Deutsche Bäcker- u. Fleischer-Ztg.“ Bernauer-straße 30 III.
- „Allgem. Dachdecker-Zeitung“ Schwedterstr. 52.
- „Der Handelsangestellte“ Elisabeth-Ufer 55.
- „Sattler- u. Tapezierer-Zeitung“ Invaliden-straße 145.
- „Allg. Steinseher-Zeitung“ Emdenerstr. 42.
- Dresden „Der Barbier und Friseur“ (für die selbständigen antihygienischen Meister) Pragerstr. 46.
- Hamburg „Der Arbeiter“ (für Bau- und Hilfsarbeiter) Gilbed, Konventstr. 5.
- „Der Gerber“ Gilbed, Konventstr. 5.
- „Der Goldarbeiter“ do. do.
- „Der Schiffszimmerer“ Gilbed, Konventstr. 5.
- „Gärtner-Zeitung“ Silkenstr. 16.
- „Tapezierer-Zeitung“ St. Georg, Bremer-straße 65/66.
- Hannau „Adamas“ (für Diamantschleifer). Erscheint drei-sprachig in Antwerpen. Deutsche Redaktionsadresse: „Brauerei Weismantel, Schnurgasse“.
- Hannover „Der Proletarier“ (für Fabrik- u. Arbeiter und Arbeiterinnen) Klosterweg 4 A.
- Stuttgart „Die Gleichheit“. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Furtw. 12.
- Wiesbaden „Der Glaser“ Helenenstr. 26.

Monatlich einmal erscheinend.

- Berlin „Correspondenzblatt“ (für Geschäftsdiener, Packer) Neue Grünstr. 10 I.
- „Correspondenzblatt“ (Vergolder-Verbandsorgan) Straßunderstr. 69.
- Hamburg „Der Holzarbeiter“ Gilbed, Konventstr. 5.
- „Der Kürschner“ do. do.
- „Der Rundschafter“ (für Barbiergehilfen) Gr. Reichenstr. 62.

Obige Zusammenstellung veröffentlichen wir je zu Beginn des Quartals. In der Zwischenzeit sich ergebende Adress- oder sonstige Veränderungen bitten wir uns behufs Vormerkung mit-teilen zu wollen.

Berlin SW., Rahb. 9, I.

Der Parteivorstand.

## Gerichts-Zeitung.

Gewerbegericht. Kammer II. Vorsitzender: Professor von Schulz. 58,50 M., zum Theil als rückständiger Lohn, zum Theil als Lohnentschädigung wegen unrechtmäßiger Entlassung, werden von dem Schneider Pagle gegen den Fabrikanten Krasnowitz verlangt. Der Beklagte macht geltend, daß er mit dem Kläger die Kündigung abgeschlossen habe, und ihn deshalb entlassen konnte, ohne kündigung zu brauchen. Der Kläger bestreitet das. Ein Zeuge will beim Eintritt des Klägers die Worte vom Prinzipal gehört haben: „Sie sind hier ungebunden“. Weil diese Äußerung zu allgemein ist, um als Kündigungsausschluß angesehen werden zu können, wird nicht dem Beklagten der Eid auferlegt, sondern dem Kläger. Dieser beschwört seine, der des Beklagten entgegenstehende Behauptung, daß nichts betreffs der Kündigungsfreiheit gesprochen worden sei. Demzufolge wird der Beklagte verurtheilt. Derselbe erklärt beim Verlassen des Termins, er sehe seit ein paar Tagen im Konkurs — diese Äußerung läßt einen Rückschluß über die Privatverhältnisse des Beklagten zu.

Sind Direktoren in der Blumenfabrikation Handlungsgehilfen oder Gewerbegehilfen? Der Klage der Frau Schmalbe gegen den Puhleders- und Blumenfabrikanten Breitbarth auf Entschädigung setzte der Beklagte den Einwand entgegen, das Gewerbegericht sei nicht zuständig, weil die Klägerin als Directrice in seinem Geschäft Funktionen einer Handlungsgehilfin hätte mit übernehmen müssen: Sie hätte eventuell Blumenblätter, Staub u. s. w. selbständig einkaufen müssen. Daneben hätte sie allerdings auch Muster binden und die Arbeiterinnen beaufsichtigen müssen. Der als Sachverständiger vernommene Blumenfabrikant Paul Thal gab sein Urtheil über die Thätigkeit einer Directrice in einer Blumenfabrik dahin ab, daß ihre Aufgabe sei, die Arbeitskräfte zu beaufsichtigen, Muster zu binden, „Ideen“ zu entwerfen und dem Prinzipal beim Einkauf von Blumen, Blättern u. s. w. zur Seite zu stehen. Ihre Hauptthätigkeit sei die einer Gewerbegehilfin. Das Gewerbegericht schloß sich am 11. Oktober dem an und erachtete sich für zuständig zur Entscheidung über den Klageanspruch, über den in einem späteren Termin zu verhandeln sein wird.

Schwurgerichtsperiode beim Landgericht II. Ueberaus reich an sogenannten Sensationsprozessen wird die bevorstehende Schwurgerichtsperiode des Landgerichts II sein, die Montag, den 16. d. Mts. ihren Anfang nimmt. Wie schon gemeldet, findet am 17. Oktober die Hauptverhandlung wider den Dr. med. Max Platow aus Rixdorf wegen Sittlichkeitsverbrechen statt, natürlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Dann reiht sich die Hauptverhandlung wider den Luftmörder Ernst Kappler, der am 14. Mai d. J. den sechsjährigen Knaben Ernst Klinger in den Sandbergen hinter dem Charlottenburger Schützenhause ermordet und entsetzlich verübelt hat. In dieser Sache fand schon einmal Termin zur Hauptverhandlung am 4. Juli d. J., an demselben Tage, an welchem der Bohrer Wilschke aus Spandau wegen des Mordversuchs auf den Offiziersburschen Peschel abgeurtheilt wurde. Demals mußte die Verhandlung vertagt werden, weil der Verteidiger gewaltige Bedenken gegen die geistige Zurechnungsfähigkeit des Mörders geltend machte und den Beschluß durchsetzte, den Kappler in der Charitee auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Wie wir hören, hat die psychiatrische Untersuchung nichts ergeben, was die Beendigung dieses Prozesses auf dem Wege des ordentlichen Richterspruches ausschließen konnte. Es wird also gegen Kappler verhandelt werden, wahrscheinlich wieder unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Dagen wird die bereits seit längerer Zeit in der Untersuchung abgeschlossene Nordische Natu sch nicht zur Verhandlung kommen. Die Ehefrau des Fuhrunternehmers Ratusch im Hause Waldstr. 44 zu Noabit wohnhaft, welche im Juli d. J. den Versuch machte, sich mit ihren fünf Kindern im Spandauer Schiffahrtskanal zu ertränken, ist dem Vernehmen nach in der Charitee als geisteskrank befunden worden und wird deshalb das Verfahren gegen sie eingestellt werden. Ihre Stelle im Termins-Kalender wird die 25-jährige Frau des Fuhr-Unternehmers Wobdin aus Spandau einnehmen, die am 16. Juli ihren Ehemann mit einem spitzen Brotmesser erstochen hat. Endlich wird auch gegen den Steinseher Johann Rambo aus Charlottenburg verhandelt werden, der am 30. Juni gelegentlich eines Streites in der elterlichen Wohnung seinen Bruder Rudolph erstochen hat. Die Verhandlung wider die Kellnerin Marie Rummel aus Berlin, die in der Nacht vom 28. zum 29. Juni in Friedrichsberg ihre Tante, die Schauwirthin Wittwe Rummel zu ermorden versuchte, wird noch nicht zur Verhandlung kommen, weil der Geisteszustand der Thäterin noch zu untersuchen ist. Dagegen wird sich der Gastwirth Freund aus Rixdorf in der bevorstehenden Periode vor den Geschworenen zu verantworten haben, der beschuldigt ist, einen seiner Gäste im Streite todtgeschlagen zu haben.

## Soziale Uebersicht.

Achtung, Schuhmacher! Am Montag, den 16. d. M., Abends 8 Uhr, findet im Englischen Garten, Alexanderstr. 27 c, eine große öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Wack über die Thätigkeit des Gewerbegerichts referiren wird. Außerdem werden die Revisoren Bericht erstatten über die Abrechnung vom Mausschen Streik. Sämmtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Schuhwarenindustrie werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Die Agitationskommission. J. A.: Wilhelm Schichold, Grenadierstr. 42 III.

**Gegen die Tabakfabriksteuer.** Die Kommission der Tabakarbeiter Mannheims arrangierte am Sonntag, den 8. Oktober, in folgenden Orten Protestversammlungen gegen die Fakturasteuer: in Heidelberg, Neulohheim, Hochdorf, Adersheim, Porsch und Kleinhausen. Sämtliche Versammlungen waren zahlreich besucht und fanden die vorgeschlagenen Resolutionen einstimmige Annahme. Desgleichen fand Montag, den 9. Oktober, eine sehr stark besuchte Versammlung der Tabakarbeiter in Mannheim statt, welche sich mit dem in Berlin stattfindenden Tabakarbeiterkongress beschäftigte. Sämtliche Redner erklärten sich für den Kongress, weil sie darin ein Mittel finden, das auch die Stimmen der Arbeiter, welche bis daher noch nicht gehört wurden, weil die Regierung zu ihren Kommissionsitzungen nur Großkaufleute und Fabrikanten zugezogen hatte, zur Geltung kommen. — Protest-

versammlungen gegen die Tabakfabriksteuer fanden ferner statt in Dieblich (Ref.: Dressbach-Mannheim), Frankfurt a. O. (Ref.: Butz-Berlin), Frankfurt a. M. (Ref.: Junge-Bremen), Erfurt (Ref.: Gottlieb-Bremen).  
**„Es giebt keinen Nothstand“.** Die Illustration, welche das Armenbudget der Stadt Leipzig zu diesem Anspruch liefert, schreibt der „Bäher“, ist zu überzeugend, als daß wir nicht mit einigen Worten darauf eingehen sollten. Im Jahre 1892 stiegen die Ausgaben um 176 882 M. oder um 18,7 pCt. Hierbei ist die außerordentliche Unterstützung an Arbeitslose im Frühjahr 1892 nicht inbegriffen, dieselbe beträgt 33 541 M. ohne die in Naturalien erfolgten Gaben. Aus diesen Ziffern läßt sich ein Schluß auf die Arbeitslosigkeit in den letzten beiden Wintern ziehen. Die „bürgerliche“ Gesellschaft, die sich nach dem jamosen

Lügenflugblatt, welches unsere Gegner zur Landtagswahl gegen die Sozialdemokratie geschleudert haben, überanstrengt in der Unterführung der Nothleidenden, ist trotz dieser berechneten Ziffern nicht über eine Almosenpönde hinaus gekommen. Die nothwendig es gewesen wäre, bestimmte Arbeiten in Angriff zu nehmen, als die Arbeitslosen im vorigen Jahre um Beschäftigung baten, kann nicht begründeter nachgewiesen werden, als durch diese Ziffern. „Principis obsta“ (Wehre den Anfängen), dachte die städtische Verwaltung und griff lieber in den Almosenfödel. Auch das ist ein Beweis für die Vernünftigkeit bürgerlicher Ordnung! Sorgt man für Beschäftigung der Arbeitslosen, dann konnten diese in ähnlichen Fällen es doch für ihr gutes Recht halten, beschäftigt zu werden und das eröffnete gefährliche Aus- sichten für die „bürgerliche Ordnung“.

**Achtung!**  
**Studatentre Berlin und Umgegend.**  
 Sonntag, den 15. Oktober 1893, Vormittags 10 Uhr, findet bei Reigmüller, Alte Jakobstraße 48, eine  
**Öeffentliche Versammlung**  
 mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die heutige schlechte Baukonjunktur und wie stellen sich die Studatentre Berlin, Charlottenburgs und Umgegend dazu? 2. Die äble Lage der Werkstatkollegen und wie beseitigen wir dieselbe? 3. Verschiedenes. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.  
 2494b Die Vertrauensleute: L. Kleinert, M. Müller.

**Zentral-Verband der Maurer**  
 Deutschlands, Zahlstelle I Berlin (Putzer).  
 Sonntag, den 15. Oktober, Abends 5 1/2 Uhr, in der „Resourc“, Kommandantenstraße, Eingang von der Stallschreiberstraße 13:  
**Versammlung mit Frauen.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen Dr. Finn über: „Alte und neue Moral“. — Nachdem gemüthliches Beisammensein mit Tanz und Gesangsvorträgen. Gäste haben Zutritt.  
 24974

**Verband der Sattler und Tapezierer.**  
**Mitglieder-Versammlung**  
 Sonnabend, den 14. Oktober, Abds. 8 1/2 Uhr, bei Wienecke, Alte Jakobstr. 83.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Abrechnung des 3. Quartals. 2. Wahl eines Beisitzers. 3. Verschiedenes und Fragekasten. Der Vorstand.  
 Sonntag, den 22. d. M., Abends 6 Uhr, bei Cohn, Weuthstr. 22:  
**Gemüthliches Beisammensein nebst Tanz.**  
 2674

**Freie Vereinigung der Kaufleute Berlins.**  
 Sonnabend, den 14. Oktober 1893,  
 in den Festsälen des Industrie-Gebäudes (Verein junger Kaufleute), SW. Weuthstraße 20/21:

**IV. Stiftungsfest.**  
 Aufführung des Theaterstückes:  
**Eine Rettung.**  
 Volkstück mit Gesang in 1 Akt von Julius Turl. Musik von H. Dillenberger.  
 Targestellt von Mitgliedern des „National-Theaters“.  
 Billets sind bei M. Steffen, Kochstraße 4, 3 Tr. links; Gottfried Schulz, Admiralsstraße 40a; W. Börner, Ritterstraße 108; G. Baake City-Passage; A. Dohse, Lindenstraße 59, zu haben.  
 Der Vorstand.

**Weissensee.**  
**Öeffentl. Holzarbeiter-Versammlung**  
 (Tischler, Drechsler, Bürstenmacher u. s. w.)  
 am Sonnabend, den 14. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Böhling, Langhausstraße 105.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Herrn Dr. Gustav Heymann über: „Staat und Gesellschaft“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Um rege Betsheiligung aller Holzarbeiter ersucht  
 Der Einberufer.

**Grünau.**  
**Lese- und Diskutirklub „Lassalle“.**  
**Öeffentliche Vereins-Versammlung**  
 am Sonntag, den 15. Oktober, Nachm. 2 1/2 Uhr, in Secker's Saal.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Frh. Jutzil über: „Wird die Sozialdemokratie siegen?“ 2. Diskussion und Verschiedenes.  
 Gäste haben Zutritt.  
 Der Vorstand.

**O welche Lust, Soldat zu sein!**  
**Eine neue Agitations-Broschüre:**  
 Inhalt: Einleitung, Brot- und Blutsteuer, Molochs Kultur, Krieg im Frieden, Soldatenfutter, Schneidig, Schimpfwörter-Verlon, Mißhandlungen, Molochs Jultiz, Selbstmord, Schlafbeträchtungen. Preis 20 Pfg. Bei Partiebezug hoher Rabatt. — Verlag der „Mündener Post“, München, Lindenmaderstraße Nr. 5. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs.  
 48992

**Volkszither**  
 dürfte in keiner Familie fehlen, ist in einer Stunde zu erlernen, kostet mit Schule nur 14 Mark und ist die angenehmste Musik.  
 Aug. Kessler, Zitherfabrik, Lausitzerstr. 51.  
 4945L

**Metzner's Korbwaren-Fabrik,**  
 Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz  
**Kinderwagen,**  
 größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. 500 Mark gab ich jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe. F. Metzner.

**Möbel u. Polsterwaren** Aug. Herold, Oranienstr. 83/84.  
**Jamaica-Rum,**  
 echt u. saq. Literflasche 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Flaschen 10 Pfg. billiger.  
 Eugen Neumann & Co.,  
 6a Belle-Allianceplatz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81. 3 Oranienstr. 8.

**Genossenschafts-Bäckerei**  
 für Berlin und Umgegend.  
 (Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)  
 Außer in den jüngst veröffentlichten ist unser Brot noch in folgenden Niederlagen zu haben:

**Norden.**  
 Stephan Sassiak, Invalidenstr. 146.  
 Beckmann, Schwarzkopffstr. 9a.  
 Ales, Zionskirchstr. 11.

**Südosten.**  
 M. Reich, Ohmstraße 36.  
 C. Kossatz, Oranienstr. 160.  
 Plutte, Morihstr. 6.

**Südwesten.**  
 Haupt, Planufer 19.

**Südwesten.**  
 Karl Herrmann, Mariendorferstr. 20.  
 O. Hübner, Simeonstr. 24.

**Rixdorf.**  
 Klose, Schönweiderstraße.

**Charlottenburg.**  
 E. Haak, Potsdamerstr. 19.

**Schöneberg.**  
 Bruskowitz, Stoffhauerstr. 16.  
 Milchgeschäft, Stoffhauerstr. 1.

Wir machen die Genossen wiederholt darauf aufmerksam, daß die Qualität unseres aus bestem Roggenmehl hergestellten Brotes in bezug auf Sauberkeit und Schmachthaftigkeit von wenigen Bäckereien Berlins erreicht wird. Die Kontrollmarke leistet Gewähr, daß das Brot unter Bedingungen hergestellt wird, welche den Anforderungen der Agitationskommission entspricht, und werden diese Bedingungen von unserem Institut sogar weit übertroffen, weshalb wir bitten, bei Broteinkäufen zu berücksichtigen, daß sich auf dem Brot der Stempel G. B. B. & U. sowie die Kontrollmarke befindet.  
 Der vorgekommenen Einwendung seitens der werthen Kundschaft, „die Kontrollmarke sei unappetitlich“, können wir insofern widersprechen, als das Aufleben derselben bei uns ohne jedes Nebenmittel bewerkstelligt, sondern trocken auf den Teig gelegt wird, auf welchem die Marke ohne weiteres haftet, wie ja auch die Hausfrauen in ähnlicher Weise den selbstbereiteten Kuchen, welchen sie beim Bäcker baden lassen, durch ein ausgelegtes Stückchen Papier zeichnen; die Marke an und für sich ist durchaus nicht unappetitlich. Wir laden die Konsumenten unseres Brotes zu einer Besichtigung unserer Bäckerei ein, um sich von der hierin herrschenden Sauberkeit persönlich zu überzeugen.  
 In Straßen oder Gegenden, woselbst sich Niederlagen unseres Brotes noch nicht befinden, können solche noch eingerichtet werden, und ersuchen wir, diesbezügliche Anträge an den Vorstand, Müllerstr. 84, zu richten.  
 [97/6]

**Wegen gänzlicher Aufgabe**  
 der  
**Kleiderstoffe, Leinen- u. Baumwollwaaren,**  
 Blousen, Jupons, Schürzen etc.  
 und Umgestaltung des Geschäfts in ein Specialgeschäft für  
 Teppiche, Tischdecken, Gardinen, Möbelstoffe  
**Ausverkauf**  
 des gesammten Waarenlagers zu bedeutend herabgesetzten festen Preisen.  
**Weberei A. Löwenthal,**  
 C., Breitestrasse 20.  
 497M

**Wichtig für den Haushalt**  
**Mehl- und Hülsenfrüchte-**  
 Spezialgeschäft  
**Brunnenstraße 14.**  
 Bei Entnahme von 2 Pfund  
**Engros-Preise.**

Kaiser-Anzug	17	30
Prima Weizenmehl	14	27
do. II.	13	26
Roggenmehl	14	26
do. zum Kleistern	9	16
Linsen, große	30	58
do. mittel	25	48
do. kleine	15	28

Erbfen, Bohnen, Graupen, Gries, Gröhen, Reis u. s. w.  
 Nur vorzüglichste Qualitäten bei billigsten Preisen.  
 Bitte genau auf die Nummer zu achten.  
 2451b

**Roh-Tabak**  
**A. Goldschmidt, 4435L**  
 am hiesigen Plage wie bekannt **größte Auswahl!**  
 Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billige Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.  
**A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.**

**Cigarren-Geschäft** billig zu verkaufen.  
 Offerten N. B. 70, Postamt 58.  
 Wer giebt Möbel auf Kommission?  
 Offerten unter: Berlin, Rammelerstr. 8, Tapezier-Geschäft. 2491b

**Detailverkauf sämmtl. Sorten Roh-Tabak**  
**Rud. Völcker & Sohn,**  
 Köpnickestr. 45. [2492b  
 in Ripo, Jamaik, Erdpe, Fantaste, Sobelin, Plüsch und bunten Morquets spottbillig!  
 Proben franko!  
 Berlin S., Oranienstraße 158.  
**Emil Lefèvre,**

**Restoration und Fremdenlogis**  
 sof. zu verk. Nachweislich gut, passend für Genossen. Offert. nimmt d. Exped. unt. Ch. W. an. 2496b  
**Grünfram-Geschäft, nebst Rolle,**  
 Neue Königl. 33. 2499b  
**Arbeitsmarkt.**  
 Farbigenverl. Ruthenberg, Friedenstr. 10. 2504b  
**Sticker** sofort verlangt. B o l l, Landbergerstr. 112. 2498b  
**Plätterinnen**  
 auf Umlegekragen und Manschetten sucht bei dauernder Beschäftigung  
 2489b Felix Karpe, Blumenstr. 70.

Eine alte deutsche Feuer-Vers.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz thätige Haupt- u. Spezial-Agenten. Hohe fortlaufende Bezüge event. auch festes Gehalt werden zugesichert.  
 Offerten unter O. P. 2 nimmt die Expedition entgegen. 1949b

**Berein Jenseit Rixdorf.**  
 Theilt hierdurch Freunden und Bekannten mit, daß das am 14. Oktober anberaumte Vergnügen umstände halber erst am 4. November stattfindet. Die ausgegebenen Billets behalten ihre Gültigkeit.  
 Das Komitee.  
 Ich habe die Praxis der Herren Dr. G. Joseph und Dr. Max Cohn, Rannynstr. 8, übernommen und bin tägl. von 8—11 Uhr Vorm. und 3 bis 6 Uhr dafelbst zu sprechen.  
 Dr. med. Max Hirsch,  
 25015 Rannynstr. 8, 2 Tr.  
 Sprechst. 8—11 u. 3—6.

**Bock-Brauerei**  
 Tempelhofer Berg.  
**2 Säle**  
 zu Festlichkeiten und Versammlungen empfiehlt  
**August Tiedemann,**  
 4784L Oekonom.

**Restaurant „Zur Gleichheit“**  
 Andreasstr. 26.  
 Jeden Sonnabend und Sonntag: Familienfränzchen, verb. m. erheit und heiteren Vorträgen. Saal f. Versamml., Vereine u. Festlichkeit. jed. Art, noch verd. Kegelbahn, noch einige Tage frei. Jeden Sonnabend u. Sonntag: Gänse-Ausschieben. 40 in- und ausländische Zeitungen liegen aus in  
**F. Wilke's Restaurant**  
 „Zur Gleichheit“, Andreasstr. 26.

**Altes Schützenhaus,**  
 Einienstraße 5, empfiehlt seine Festsäle (500 Personen fassend) zu allen Gelegenheiten. 20655  
 \* Vereinszimmer zu vergeb. Gartenstraße 165.  
 Vereinszimmer mit Piano für 20 bis 30 Personen Kophen-Ufer 4. [2486b  
 Vereinszimmer Simeonstr. 23.  
 Vereinsz. z. verg. Jacob, Inselstr. 1. \*  
 Empfehle den Arbeitern des Nordens mein Weib- u. Vayr-Vier-Lokal. Jeden Sonnabend: Gänse-Ausschieben. [4936] Ernst Strauß, Köpnickestr. 6.

**!! Roh-Tabak !!**  
 Sämmtl. in- u. ausländische Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billiger Preislage, empfiehlt  
**Heinr. Franck, Roh-tabak-Handlung**  
 Brunnenstr. 185.  
 Als anerkannt reelle und thatsächlich billigste Einkaufsquelle des Süd-Ostens für  
**Gold-, Silber-, Alfenidwaaren** (Eig. Fabr.)  
 goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich  
**H. Gottschalk,**  
 Goldarbeiter und Uhrmacher,  
**37 Admiral-Strasse 37**

**Central-Fleisch-Halle**  
 Detailverkauf zu Engros: Viehhofpreisen: Rindfleisch 50—60 Pfg., Kalbfleisch 50—60 Pfg., Schweinefleisch 55 bis 60 Pfg., Hammelfleisch 45—55 Pfg.  
**Holzmarktstraße 19,**  
 Ecke Michaelkirch-Brücke.

**Engl. Anthracit**  
 „Big-Vein“  
 der Gwaan-Cas-Gurwen Colliery Co. Ltd. kauft man nur allein echt bei  
**Gustav Schulze, Berlin SO., Kolbuser Ufer 34. [4981L**  
**Rechtsbureau** des königlichen Amtsrichters a. D. Alte Jakobstraße 130. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unentgeltlich. Auch Sonntag. 49222  
 Schafft. Sebastianstr. 35, Quergeb. pt. r.